

Neuer Vorwärts

Nr. 91 SONNTAG, 10. März 1935

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Hitler wirbt um Mussolini
Familie Höfeld
Zu Tode gehetzt
Ein Anschlag gegen den Frieden

Sir John Simon bleibt zu Hause

Eingeladen — ausgeladen, — Das Ende einer Illusion

Zickzack ist Trumpf, Hitler ist heiser, Sir John Simon ist ausgeladen, und die Welt steht Kopf.

England von Frankreich zu trennen, wie es schon in »Mein Kampf« beschrieben ist, war das Ziel. Darum schälte man aus dem Londoner Abkommen den Luftpakt heraus und erklärte sich bereit, ihn anzunehmen. Darum mußte sich Hoesch in London die Hacken abrennen und dem englischen Außenminister eine Einladung nach der anderen überbringen. Darum beschloß man, aus der endlich zugestandenen Geschäftsreise ein überdimensionales deutsch-englisches Freundschaftsfest zu machen, den Gast, statt, wie er selbst wollte, in einem Hotel, im Palais des Reichspräsidenten unterzubringen, und ein wohlverdientes Ganzes von Empfängen und Aufmärschen durch ein Festessen ohne gleichen zu krönen.

Aber »zwischen Lipp« und Kelchrand schwebt der dunklen Mächte Hand«. Schon waren in London alle Koffer gepackt und in Berlin alle Knöpfe geputzt, als die erschütternde Nachricht von einer plötzlich eingetretenen Wendung kam. Der erstaunte Zeitungsleser erfuhr, daß sich der Führer eine leichte Erkältung, verbunden mit einer starken Heiserkeit, zugezogen hat. Darum hat er den englischen Gast bitten lassen, seinen Besuch zu verschieben.

Stresemann verhandelte als totkranker Mann mit Poincaré über die Rücknahme des besetzten Gebiets, im Vorzimmer saß sein Arzt und forderte durch Boten den kranken Minister auf, endlich abzubrechen. Hitler muß den englischen Minister ansagen, weil er an einer leichten Erkältung, verbunden mit einer starken Heiserkeit leidet. Wie geht das zu? Kann der Führer und Reichskanzler nicht verhandeln, wenn er nicht schreien kann? In den vierzehn Jahren der Schmach war für die deutsche Außenpolitik der Kopf immer noch wichtiger als der Kehlkopf, dessen Heiserkeit jeder Halsspezialist für einige Stunden leicht beheben kann. Also ist nur zweierlei möglich: entweder ist die Krankheit viel schlimmer, als öffentlich zugegeben wird, oder sie ist nur ein Vorwand für einen Akt der diplomatischen Unhöflichkeit, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.

Zunächst neigt ein Teil der Weltpresse der ersten Annahme zu. Man verweist auf das seltsame Wesen, das der Herr des Deutschen Reiches zur Schau trägt, auf den jähen Wechsel von Erregungs- und Depressionszuständen. Aber genau dieselbe Erscheinung war auch bei Wilhelm II. zu beobachten. Zustände solcher Art sind nicht für den Patienten selbst gefährlich, sondern nur für andere.

So bleibt von den beiden Hypothesen nur die zweite: die »leichte Erkältung« verbunden mit einer starken Heiserkeit ist nur ein Vorwand, um einen mit umständlichen Bemühungen herbeikomplimentierten Gast mit einem Fußtritt wieder wegzubefördern. Zugleich mit der Nachricht von der erbetenen Besuchsverschiebung veröffentlicht die gleichgeschaltete Presse entsetzte Proteste gegen das neue englische Weißbuch, in dem die Notwendigkeit neuer englischer Rüstungen mit der materiellen und moralischen Aufrüstung Deutschlands begründet wird.

Das also war's!
Im November 1934 hat die Regierung seiner Majestät, ohne die Uebertretung des Vertrages von Versailles zu entschuldigen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Wiederaufrüstung des Reiches gelenkt. Wenn diese

Aufrüstung in der bisherigen Art und Weise fortschreitet, kann das die Besorgnisse der Nachbarn Deutschlands nur noch weiter vermehren, und der Frieden selbst kommt in Gefahr, bedroht zu werden. Die friedliche Gesinnung, der die Lenker des Reiches Ausdruck geben, ist von der britischen Regierung günstig aufgenommen worden, jedoch kann diese Regierung nicht unterlassen, festzustellen, daß nicht nur die militärischen Kräfte,

sondern auch der Geist, den man im deutschen Volke entwickelt, zu dem Gefühl der allgemeinen Unsicherheit beitragen.

Das Weißbuch, das die Unterschriften MacDonalds und Baldwins trägt, sagt der Welt nichts Neues. Nur in Deutschland hat es eine Veränderung der Lage hervorgerufen, denn es hat dort eine Illusion zerstört. Man hat plötzlich eingesehen, daß man auch mit dem besten

Essen und den teuersten Weinen England nicht von der Seite Frankreichs weglocken kann. Darum die jähe Wendung, der brutale Widerruf eines heißersehten und geradezu erbettelten Besuchs.

Das ist der Stil, in dem heute deutsche Außenpolitik getrieben wird. Er unterscheidet sich von dem der Kaiserzeit nur insofern, als er seine karikaturistische Uebersteigerung darstellt. Als vor dem Weltkrieg Lord Haldane Deutschland besuchte, ließ man ihn zwar zum Unglück der Welt und besonders Deutschlands wieder unverrichteter Dinge abziehen, aber man hat ihm doch nicht den Stuhl vor die Tür gestellt. Auch Lord Haldane machte damals kein Hehl daraus, daß es die Sorge wegen der deutschen Flottenrüstungen war, die ihn nach Berlin trieb. Und doch war die Art, mit der man ihn behandelte,

im Vergleich zu der jetzt gegen Sir John Simon geübten Methode ein Meisterstück diplomatischer Geschicklichkeit. Wenn jetzt in England besorgte Friedensfreunde die Zeitgemäßheit der Veröffentlichung der englischen Regierung unmittelbar vor Sir John Simons Besuch bezweifeln, so können doch solche Zweifel in keiner Weise die deutschen Machthaber entlasten, die sich mit wahrhaft barbarischer Plumpheit eine Herausforderung ohnegleichen geleistet haben. Damit haben sie all denen, die eine neue Einkreisung und gänzliche Isolierung Deutschlands erstreben, einen unschätzbaren Dienst erwiesen. So haben sie in einem Vorspiel, das ein Stück aus dem Tollhaus ist, gezeigt, wie man Deutschland in einen neuen Krieg gegen die ganze Welt und in den endgültigen Zusammenbruch hineinführt.

Hitler wirbt um Italiens Gunst

Wir erfahren aus besonderer Quelle:

Der italienische Völkerbundsdelegierte Aloisi hatte am Vormittag des ersten März in einem festlichen Akt im Regierungsgebäude das Saargebiet dem Reichsminister Frick übergeben. Am nächsten Morgen wurde er von Hitler empfangen. Die Unterredung zwischen dem »Führer« und Aloisi dauerte zwanzig Minuten.

Hitler lenkte das Gespräch sofort auf die deutsch-italienischen Beziehungen. Er erklärte, daß nach dem für Deutschland günstigen Ausgang der Saarabstimmung für das Reich eine mindestens ein Jahr währende Ruhepause in innerpolitischer Hinsicht eingetreten sei. Diesen Zeitpunkt wolle er, Hitler, unter anderem zu einer grundlegenden Verbesserung der deutsch-italienischen Beziehungen ausnützen. Baron Aloisi solle helfen, wieder eine Brücke zu Mussolini zu schlagen. Baron Aloisi antwortete ebenso höflich wie zurückhaltend, daß sein Einfluß weniger groß sei, als Hitler vermutete. Er werde jedoch bei nächster Gelegenheit die Anschauung des »Führers« an geeigneter Stelle vorbringen. Als Baron Aloisi seinerseits vom Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund sprach, wurde Hitler sichtlich unsicher. Er zog sich auf die bekannten Erklärungen der Reichsregierung über die völlige Gleichberechtigung zurück.

Lange konnte Hitler den diplomatischen Charakter der Unterredung nicht festhalten. Immer wieder unterbrach er sie im aufgeregten Tone mit dem Bekenntnis des Glücksgefühls, daß die Saar wieder zu Deutschland gehöre und er hier weile: »Ach, Herr Baron, wie bin ich glücklich, an der Saar zu sein!« Hitler machte während der ganzen Dauer der Unterhaltung einen nervösen und bei allen Gefühlsübersteigerungen seelisch-deprimierten Eindruck.

Nichts merken lassen

Eine deutsche Firma versendet folgende Information für ihre Reisenden und Vertreter und für das Personal im Hause:

Fragen von Kunden und anderen Personen, ob wir Schwierigkeiten hätten, Ware zu bekommen oder ob eine Warenknappheit besteht oder ähnliche Fragen, sind nur so zu beantworten, daß eine Warenknappheit nicht besteht und wir keine Schwierigkeiten hätten, Ware zu erhalten.

Wenn gefragt wird, warum wir Rationierungen vornehmen, ist nur zu antworten, daß wir auf ein so gutes Geschäft nicht vorbereitet gewesen sind.

Die Frage, ob wir Mischware hätten, ist zu verneinen und positiv zu sagen, daß wir alles in guter Ware liefern.

Fragen nach unserer Preiskalkulation sind dahingehend zu beantworten, daß die Preise nur wenig gestiegen sind, und daß wir uns streng nach der Fasestoffversorgung richten.

Wir bitten dringend, sich diese Antworten rechtzeitig gut einzuprägen und wir warnen, davon abzugehen. Wir können niemand schützen, der auf diesem Gebiet Fehler macht, oder es bei der Beantwortung obiger Fragen an dem notwendigen Ernst fehlen läßt.

Es ist sehr schwer, in Deutschland Handelsangestellter zu sein! Wehe denen, die das berühmte, von Amerika übernommene Keep smiling am falschen Platze anwenden, so daß die Kunden sich etwas denken könnten! Am Ende sagt schließlich wieder jedermann: wir sind belogen und betrogen worden!

Auch Leder wird knapp!

Ersatzsohlen sind für die Bedürftigen gut genug.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat an alle zugelassenen Schuhmacher für die Besorgung von Schuhzeug Bedürftiger folgende Mitteilung ergeben lassen:

Berliner Beschaffungsamt (BBA.)
Geschäftszeichen V.III
Berlin, den 31. Januar 1935.
O. 27, Holzmarktstr. 1.

An alle für die Ausführung von Schuhreparaturen für Hilfsbedürftige zugelassenen Schuhmacher 1. bei der Ausführung von Schuhreparaturen für Hilfsbedürftige auf Bestellzettel der Bezirkswohlfahrt- und Jugendämter und anderer städtischer Dienststellen dürfen künftig grundsätzlich nur Ersatzsohlen verwendet werden. Das BBA. hat verschiedene Arten von Ersatzsohlen geprüft und die Fabrikate der Firmen Vorwerk, Kraft 312, Bull Sohle als brauchbar ermittelt; es dürfen daher nur diese Fabrikate für die Wohlfahrtsbesorgung verarbeitet werden.

2. Nach den mit dem BBA. getroffenen Vereinbarungen gewähren die vorgenannten Ersatzsohlen-Fabriken für die Haltbarkeit der Sohlen (nicht für die Absatz) eine Garantie — bei Erwachsenen von 6 Monaten, bei Kindern von 3 Monaten. Die zugelassenen Schuhmacher haben die Verpflichtung, diese Garantie den Wohlfahrtsbedürftigen gegenüber zu übernehmen. Hier folgen die Preise:

gez. Blauert.
Besondere Erwähnung verdient die Tatsache, daß der Wohlfahrtsdienst bisher

alle drei Monate Anspruch auf einen Besohlen für Ledersohlen hatte, während er jetzt mit den minderwertigen Ersatzsohlen für die Dauer von sechs Monaten abgefertigt wird. Also eine Verschlechterung in doppeltem Maße!

Abkühlung Warschau-Berlin?

Ein Streit um den Kopf der Frau von Berg.

Ueber eine Abkühlung der deutsch-polnischen Beziehungen und ihre Ursachen glaubt man, wie das »Journal des Nations« schreibt, in französischen Kreisen folgendermaßen unterrichtet zu sein:

Man weiß, daß der polnische Botschafter in Berlin, Herr Lipski, den Auftrag erhalten hatte, bei dem deutschen Außenminister von Neurath dringend in dem Sinne zu intervenieren, daß man der verurteilten Frau von Berg gestattete, durch eine Ehe das polnische Bürgerrecht zu erwerben und dadurch ihr Leben zu retten. Der Gatte der Frau von Berg hatte sich zur Scheidung bereit erklärt, und man glaubte in Polen, daß der Vorschlag in Berlin angenommen werden würde, zumal auch Warschau in einem gleichliegenden Fall den Wechsel der Nationalität und die Rückkehr eines Verurteilten nach Deutschland gestattet hatte.

Aber der Reichskanzler Hitler widersetzte sich in brutaler Weise jeder Intervention dieser Art

und es scheint, daß diese Art und Weise, in der sich die Angelegenheit entwickelte, und die extreme, nur in Kriegszeiten zulässige Härte der deutschen Haltung in polnischen Kreisen Zweifel daran hervorgerufen hat, ob es überhaupt möglich sei, mit dem Dritten Reich zu verhandeln. Die Zweifel an der Dauer und Festigkeit des deutsch-polnischen Verhältnisses, wie sie in der letzten Debatte des Sejm geäußert wurden, sind dadurch außerordentlich stark vermehrt worden.

Bei der Berliner Spionageaffäre hat es sich auch keineswegs nur um Dokumente gehandelt, die die deutschen Rüstungen in der Luft betreffen. Der Hauptmann Sosnowski, der nun wieder nach Polen zurückgekehrt ist und sich munter und gesund in Warschau befindet, hatte auch verschiedene Pläne für einen Feldzug gegen Polen in seinen Besitz gebracht. Da diese Pläne, wie es schien, neuesten Datums waren, fragt man sich in Warschau, wie ihre Ausarbeitung mit den deutschen Freundschaftsbeteuerungen und mit der deutsch-polnischen Annäherung vereinbar sei.

Steuersenkung für den Hausbesitz

»Der Grundstein« vom 13. Februar 1935 berichtet über die bevorstehende Ermäßigung der Hauszinssteuer um 25 Prozent und verleiht diese Nachricht mit der zweifelhaften Überschrift: »Auch Mieterentlastung?« Die Zeitschrift unterstreicht, daß mit dieser Maßnahme vor allem die Althausbesitzer eine steuerliche Entlastung erfahren sollen, fügt aber hinzu, daß auch die Mieter mit Spannung dem ersten April, dem Termin der Senkung der Hauszinssteuer, entgegensehen. Sie hoffen, daß die Steuersenkung durch den Preiskommissar doch auch zum Anlaß einer Mieterermäßigung genommen werden wird. »Der Grundstein« beantwortet aber sofort selbst die gestellte Frage. Zwischen den Mietern der Neuhäuser und der Althäuser besteht bereits eine große Spanne und eine generelle Mieterentlastung für die Althäuser müßte diese Spanne noch erweitern. »Man darf also sagen, daß es der Wille der zuständigen Stellen ist, wirklich dem Althausbesitzer jene Steuerermäßigung zu gönnen.«

Es handelt sich also um ein Geschenk an die Hausbesitzer; für die Mieter würde nicht nur keine Entlastung, sondern zum Teil sogar eine Mietererhöhung eintreten; nämlich für den großen Kreis derjenigen Mieter, denen die Hauszinssteuer bisher gestundet worden ist. Ob sich Dr. Gördele dazu entschließt, die 25prozentige Hauszinssteuersenkung auf etwa 21 Prozent fest zu senken und die gewonnene Differenz von 4 Prozent den Gemeinden zuzusetzen läßt, damit die Wohlfahrtsämter Mittel zur weiteren Stundung von Hauszinssteuerzahlungen gewinnen, bleibt abzuwarten. Aber selbst wenn die Korrektur vor dem Erlaß der Verordnung erfolgen sollte, so würde damit lediglich die Gefahr einer weiteren Mietererhöhung abgemildert, es bleibt aber bei der Tatsache, daß die Ermäßigung der Hauszinssteuer ausschließlich zugunsten der Hausbesitzer und ohne jede Rücksicht auf die Mieter vorgenommen wird. Auch wieder: »Sozialismus der Tat.«

Nationalsozialistischer Geist

Zwei Notizen aus reichsdeutschen Blättern:

»Im übrigen hören wir noch, daß im Debag-Konzern, also bei der deutschen Baumwoll-AG., Osnabrück, eine Dividende von 8 Prozent gegen 7 Prozent i. V. für das am 30. April endende Geschäftsjahr in Aussicht gestellt wird. Die in diesem Konzern vereinigt F. A. Hammer AG. und die Christian Dierig AG. haben für das abgelaufene Geschäftsjahr je 10 Prozent ausgeschüttet gegen 8 Prozent im Vorjahr.«

»Der Mittag«, Düsseldorf, 1. März 1935.

»Am schärfsten wandte sich der Wormser Oberbürgermeister Bartholomäus dagegen, daß von 110 bestellten Wohlfahrts-erwerblosen 90 es ablehnten, zu arbeiten. Nationalsozialistischer Geist sei es, zu sagen, für 10 Mark selbstverdientes Brot schmecke besser als für 20 Mark aus Unterstützungsmitteln gekauft. Er habe sich darum entschlossen, allen denen, die die Arbeit verweigern, grundsätzlich die Unterstützung zu sperren... Es könne nicht so weitergehen, daß von 52.000 Einwohnern etwa 14.000 bis 16.000 von der Allgemeinheit unterstützt würden.«

»Neueste Zeitung«, Frankfurt a. M., 1. März 1935.

Zu Tode gehetzt

Sobden erhalten wir die Mitteilung, daß Genosse Hermann Worch, früherer Bürgermeister in Langewiesen in Thüringen, der sich jetzt in Grenaa, Dänemark, aufhielt, gestorben ist. Ueber die näheren Umstände meldet die »Berlingske Tidende«, Kopenhagen:

»Der in Grenaa als Emigrant lebende Bürgermeister Worch, dessen Frau vor kurzer Zeit in einem deutschen Konzentrationslager verstorben ist und dessen Tochter ebenfalls bis vor kurzem im Gefängnis saß, ist diese Nacht verstorben.«

Worch war vor einigen Tagen in Kopenhagen. Auf der Heimreise wurde er krank. In der Sonabendnacht stand er im Fieber auf und packte seine Sachen. Eine Frau hörte etwas unten rufen und sah Worch ohne Ueberzeug draußen in der Kälte stehen. Er wollte im Fieberwahn nach Deutschland reisen. Man brachte ihn wieder ins Bett. Gegen Morgen verstarb er.«

Genosse Worch wurde vom System mit

Ein Anschlag gegen den Frieden

Deutsch-polnische Eroberungsziele

Als Hugenberg auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Juni 1933 sein berühmtes Memorandum bekanntgab, wozu Deutschland Siedlungsraum im Osten und Kolonien brauche, wurde er sofort von der Reichsregierung desavouiert, die offiziell erklärte, daß das Memorandum Hugenbergs nur seine »persönlichen Auffassungen« enthalte. Bei dieser öffentlichen Preisgabe Hugenbergs spielte sicherlich das Bestreben Hitlers eine Rolle, den unbehaglichen deutschnationalen Koalitionspartner loszuwerden und die nationalsozialistische Totalität zu verwirklichen. Maßgebend war aber auch die Befürchtung, durch allzu frühe Aufdeckung der nationalsozialistischen Eroberungsziele im Osten die außenpolitische Lage Deutschlands zu verschlechtern. Daß diese Erwägungen eine bedeutsame Rolle spielten, wird auch dadurch bestätigt, daß Alfred Rosenberg, dessen Gedankengänge zum Teil im Memorandum Hugenbergs zum Ausdruck gelangten, in den Monaten nach der Londoner Weltwirtschaftskonferenz in den Hintergrund gedrängt wurde.

Die außenpolitische Situation hat sich inzwischen in grundlegender Weise verändert. Die von Rosenberg und Hitler vertretene aggressive Ostpolitik, die nur aus diplomatischen Erwägungen heraus verhüllt wurde, hat den deutsch-russischen Freundschaftsvertrag, ein Jahrzehnt lang die wichtigste Achse der deutschen Außenpolitik, zerfetzt und die Sowjetunion in das Lager der französischen Mächtegruppierung gedrängt. Auf der anderen Seite hat der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag vom Januar 1934 der Wilhelmstraße die Möglichkeit verschafft, um den Preis des zeitweiligen Verzichts auf den polnischen Korridor und auf Ostoberschlesien Polen als Prellbock gegen die Kleine Entente und die Sowjetunion zu benutzen und das französische Bündnisystem im Osten und Südosten Europas zu unterhöhlen. Die Folge ist, daß die nationalsozialistische Außenpolitik sich jetzt ganz offen zu Zielen bekennt, denen gegenüber die Forderungen des Hugenbergschen Memorandums als ein Kinderspiel erscheinen.

Einen eklatanten Beweis dafür haben drei Artikel im »Völkischen Beobachter« über die politischen Kräfte im Osten erbracht, die Mitte Februar veröffentlicht wurden.

In diesen Artikeln des nationalsozialistischen Zentralorgans spielt Deutschland ganz offen die Rolle eines agent provocateurs, der Polen unter Zusage Krieg gegen die Sowjetunion aufzuhetzen sucht.

Nach einem historischen Rückblick auf die Gestaltung des europäischen Ostens, der ganz im Geiste des Großen Hauptquartiers zur Zeit des Brest-Litowsker Gewaltfriedens von 1918 gehalten ist, weist der »Völkische Beobachter« mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß nach der nationalsozialistischen Umwälzung in Deutschland Kräfte freigesetzt seien, die, nach einer Periode der schwächlichen Zurückhaltung, dem Osten Europas ein ganz anderes Gesicht verleihen vermögen. In dem Maße, wie die Lage Rußlands im Fernen Osten

besonderem Haß verfolgt. Er hat im Jahre 1932 pflichtgemäß Vorsorge gegen einen SA-Putsch getroffen. Er wurde deshalb von der hochverräterischen Justiz verfolgt. Man hat ihn gejagt und ruiniert. Als er emigrierte, wurde seine Frau als Geisel verhaftet und bis zu ihrem Tode in einem Konzentrationslager festgehalten. Der Tod seiner Frau in der Gefangenschaft hatte den Genossen Worch schwer getroffen.

Hitlers militärische Bundesgenossen

Der Propagandamajor der Reichswehr, Foertsch, hat eine Broschüre veröffentlicht: »Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat.« Es ist eine kurze Fassung der Legende, mit der das Bündnis zwischen Reichswehr und Hitler umgeben wird — kräftige Geschichtsklitterungen und beflissene Bewei-

komplizierter werde, verringere sich auch der Druck der russischen Politik im Westen. Dies aber gebe Polen die Möglichkeit, »ein neues politisches Zentrum an der Weichsel« zu schaffen, das es instand setzen würde, über den ganzen Osten Europas zu herrschen. Polen könne nur dann die Stellung einer Großmacht erlangen, wenn es die Kleine Entente zerstümmere, den Anschluß Rumäniens an Polen erzwingt und die baltischen Staaten dem polnischen Einfluß unterwerfe.

Ist, aber, fragt der »Völkische Beobachter« weiter, Polen allein in der Lage, dieses Programm zu verwirklichen? Das Organ Rosenbergs verneint diese Frage. Polen verfüge heute noch nicht über ein ausreichendes Fundament zur Aufrechterhaltung einer wirklichen Großmacht. Es sei auch durch den hohen Prozentsatz der nationalen Minderheiten auf seinem Gebiete in seiner Schlagkraft geschwächt. Nur wenn es gemeinsam mit Deutschland vorgehe, könne es die Kraft erlangen, die Landkarte Osteuropas grundlegend zu verändern.

Das nationalsozialistische Zentralorgan bietet dem polnischen Imperialismus bereitwillig die Unterstützung Deutschlands bei der Verwirklichung seines Eroberungsprogramms an.

Deutschland habe im Osten genau dieselben Interessen wie Polen. Deutschland und Polen bräuchten im osteuropäischen Raum keineswegs miteinander zu kollidieren. Sie könnten ihre Aktionen ausgezeichnet miteinander in Einklang bringen. Nur bei einem solchen Vorgehen könnte Polen seine großen Ziele im Osten verwirklichen. Für zwei slawische Großmächte, schließt der »Völkische Beobachter« seinen Appell, gebe es im Osten keinen Raum!

Wir haben die Ausführungen des »Völkischen Beobachters« so ausführlich wiedergegeben, weil sie nicht nur den Standpunkt des inoffiziellen Leiters der deutschen Außenpolitik, Alfred Rosenbergs, umreißen, sondern auch, wie der »Völkische Beobachter« vom 15. Februar versichert, das Programm kennzeichnen, für das Polen entschlossen sei zu kämpfen.

Die polnische Regierung hat sich bisher hierzu nicht geäußert. Mit Recht weisen aber die Moskauer »Iswestija« in einem scharfen Leitartikel vom 21. Februar auf die auffällige Tatsache hin, daß die Polnische Telegraphenagentur und die polnische Presse kein Wort über die Vorschläge gemeldet haben, die das deutsche offiziöse Organ Polen gemacht hat, gar nicht zu reden von seinen außerordentlichen kompromittierenden Behauptungen über die Richtung der polnischen Außenpolitik. Während sonst der Berliner Korrespondent des polnischen offiziellen Organs »Gazeta Polska« jede Kleinigkeit aus dem Reiche Hitlers meldet, verschweige der polnische Offiziosus ebenso wie die gesamte polnische Presse die Tatsache, daß das »deutsche offiziöse Organ in drei Artikeln Polen vorgeschlagen habe, einen räuberischen Krieg vom Zaune zu brechen und ihm hierbei die Unterstützung Deutschlands zuzusichern.«

Man muß dem offiziellen Organ der Sowjetregierung beipflichten, wenn es erklärt, daß der Artikel des »Völkischen

»rüberungen Hitlers, aber gewürzt mit zukunftschwangeren Vorbehalten.

Der Herr Major stellt die Reichswehr der Weimarer Republik als den organisierten Hochverrat vor, der den Machtstaat verwickelt habe. In diesem Punkte trifft er sich mit Hitler.

Einige Jahre später wird dann wieder irgend ein Major eine Broschüre veröffentlichen, in der zu lesen steht, daß man zwar einerseits den Eid auf Adolf Hitler geleistet hat, aber andererseits eigene Wege ging und immer schon den potentiellen Hochverrat darstellte.

Der Propagandamajor hat die Hintertür aus der Hitlertrübe heraus wohlweislich offen gelassen. Es schreibt:

»Dem weltanschaulichen Grundsatz des Führerprinzips entspricht die Notwendigkeit, einer klaren Organisation der Führung der Wehrmacht. Kein Parlament, kein Kriegsrat darf eingreifen. Der politische Führer allein trägt für die

Beobachters« ebenso wie das Schweigen der polnischen Presse ein Vorgang von ungewöhnlicher politischer Bedeutung sei, die die verstärkte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit beanspruche. Dieser Vorgang beseitigt in der Tat die letzten Zweifel über die Ziele der deutschen Außenpolitik. Die Hitlerregierung ist der Unterstützung Japans und Polens so sicher, daß sie am Vorabend des Besuchs des englischen Außenministers Simon in Berlin und der Eröffnung der entscheidenden Verhandlungen über den Ostpakt Polen zu einem kriegerischen Vorstoß gegen die Sowjetunion animiert und ihre eigene Mitwirkung bei diesem Raubüberfall in sichere Aussicht stellt.

Es geht aber nicht um den Vorstoß gegen die Sowjetunion allein. Es handelt sich auch um einen Vorstoß gegen die Kleine Entente und die baltischen Staaten. Die Tschechoslowakei soll zertrümmert und zwischen Deutschland, Polen und Ungarn aufgeteilt werden. Jugoslawien soll in die deutsche Mächtegruppe hinübergelockt und Rumänien in die deutsch-polnische Einflußsphäre hineingezwungen werden. Litauen soll von Polen verschluckt, Lettland und Estland Deutschland ausgeliefert werden. Das sind die Ziele, die nicht nur der »Völkische Beobachter« proklamiert, sondern die auch auf polnischer Seite Professor Studnicki, ein dem Marschall Pilsudski und dem Außenminister Beck nahestehender Politiker, in einem viel beachteten Buche »Polens politisches System und Europa« vertritt.

Es tut nichts zur Sache, wenn neuerdings in dem Warschauer Regierungsblatt »Kurjer Poranny« ein Londoner Bericht erschienen ist, in dem scharf gegen die deutsche Außenpolitik Stellung genommen wurde. Auf eine Rüge des »Berliner Tageblatts« hin hat der polnische Offiziosus de- und wehmütig Abbitte geleistet. Dieser Vorgang ist symbolisch für die Vormachtstellung Berlins bei der Gestaltung der gesamten Ostpolitik. Die Hitlerdiplomatie fühlt sich durch die Konzessionen, die ihm von englischer Seite in der Aufrüstungsfrage gemacht werden, so gestärkt, daß es auch Polen gegenüber nicht nur in der Rolle des agent provocateurs, sondern auch in der des Mentors und Führers auftritt.

Diese Rolle wird sie unzweifelhaft auch bei den Beratungen über den Ostpakt zu spielen suchen. Sie wird, das tritt schon jetzt deutlich zutage, alle Hebel in Bewegung setzen, um gemeinsam mit Polen das geplante Paktsystem wenn nicht gänzlich zu Fall zu bringen, so doch seiner wichtigsten Bestandteile zu berauben. Sie wird in verstärktem Maße sich als »Kämpfer gegen den Bolschewismus« aufspielen, um die Sympathien der Trustkapitalisten in England und Frankreich zu gewinnen. Umso wichtiger erscheint es, daß überall die eigentlichen Ziele der deutschen Außenpolitik, die mit denen Polens und Japans konform laufen, erkannt werden, und daß gegenüber einer kurzsichtigen Opportunitätspolitik, die den Frieden im Westen allein glaubt stabilisieren zu können, die Ueberzeugung Platz greift, daß der Friede untellbar ist!

Führung des Staates und der militärische Führer allein die Verantwortung für seinen militärischen Bereich.«

Das ist der Dualismus zwischen ziviler und militärischer Gewalt. Sie sitzen beide im gleichen Boot der Diktatur, einer braucht den anderen. Im Kriegsfall aber — das leuchtet daraus hervor, wird der Generalstab die Rolle Ludendorffs spielen und Hitler die Rolle Wilhelms zuweisen!

Sie pazifizieren

Die Ausbildung des fliegerischen Nachwuchses der H. J. hat im vergangenen Jahr gute Fortschritte gemacht. 50.200 Hitlerjungen und 35.150 Angehörige des Bundes deutscher Mädchen wurden 1934 im zivilen Luftschutz ausgebildet, sie haben 288 Luftschutzkeller gebaut. Die Marine-H. J. hat sich mit Elfer ihren Spezialinteressen gewidmet.

(Aus der Berliner »Nachtausgabe«.)

Blick in die Woche

»Ehrlos wurde diese Heimat, weil ihr die Führer fehlten, deren sie in schwersten Tagen bedurft hätte.« So sprach der Stellvertreter des Führers, P. Rudolf Heß am Tage der Befreiungskundgebung an der Saar. Die fünfzehn Jahre »Schmach« wurden wieder einmal heraufbeschworen. In einem Taumel versetzte Massen rasten Belfall. Die wenigen, die inmitten dieses Rausches ihre Vernunft zu bewahren wußten, schwiegen. Aber einmal wird die geschichtliche Wahrheit wieder auf die Bühne treten. Die Tatsachen sind: das zur Republik gewordene Deutschland des Jahres 1918 übernahm vom Kaiserreich mit der größten militärischen Niederlage die vollendete Machtlosigkeit als Erbe. Entwaffnet und gefesselt durch eine militärische und wirtschaftliche Weltkoalition rettete die Republik das ausgeblutete, ausgehungerte, von Rohstoffen entblüdete, vom Bürgerkrieg zerhissene, in allen Grundfesten erschütterte Reich. Die Republik wahrte die Landesgrenzen, die von der nationalsozialistischen Diktatur nicht um einen Quadratmeter erweitert werden konnten. Tief standen als Folgen von Versailles und der Reparationsdikate die feindlichen Heere im Deutschen Reich. Ohne Schwertstreich drängte die Republik in einen Schwertstreich die Republik in die Kämpfe der Franzosen und der Engländer, der Belgier und der Amerikaner über die Landesgrenzen zurück. Vertraglich sollten die letzte Besatzungszonen erst im Jahre 1935 geräumt sein. Die Staatsmänner und die Volkvertreter der Republik errangen den großen friedlichen Sieg. Deutschland schon im Jahre 1930 von dem letzten fremden Soldaten zu befreien. Zugleich erledigte die Republik alle die Souveränität einengenden ausländischen Kontrollen. Die neuere Geschichte weist kein Beispiel dafür auf, daß eine ihrer Waffen beraubte, von tausend äußeren und inneren Nöten bedrängte Nation durch reine Verhandlungspolitik sich so rasch aus einem Netz von Fesseln befreit hätte. Die deutschen Nationalisten haben den Männern dieser nationalen Freiheitspolitik durch Revolverkugeln und giftige Verleumdungen gedankt.

Ein Freiheitstag im Saargebiet? Ganz im Gegensatz zu dem gewaltigen Erfolge der Republik, die Besatzungszeit um fünf Jahre abzukürzen, hat die nationalsozialistische Diktatur das Saargebiet nicht eine Stunde vor dem im Vertrag von Versailles angesetzten Termin zurückholen können. Eine Volksabstimmung, die unter einer republikanischen demokratischen Regierung zu einem einzigen gewaltigen hundertprozentigen Bekenntnis »Für Deutschland!« geworden wäre, mußte durch die nationalsozialistische Regierungsmänner mit allen Mitteln der Reichspropaganda und Pinesen internationaler Intrigen zu einem Riesenkampfe gestaltet werden, ehe die Rückgliederung des unzweifelhaft deutschen Gebietes erfolgen konnte.

Wozu also der ganze Siegeslärm? Die Diktatur hat nichts erreicht, was nicht in der Republik von Weimar mit reinem nationalem Ethos und mit wirklicher europäischer Entspannung erzielt worden wäre.

War es eine nationale Befreiungsfeier? Nein, ein innerpolitisches Propagandafest. Ein Melodram der Täuschung auf Zeit über das, was die Saarländer im Dritten Reich erwartet.

Wir wollen hier große und schwierige internationale Verhandlungen, die erst ganz in ihren Anfängen stehen, nicht analysieren. Es geht, wie man weiß, um Garantie- und Friedenspakete. Feierlich will man sich verpflichten, nicht anzugreifen. Wo es sich dennoch geschieht, soll der freche Friedensstörer durch gemeinsame Aktion bestraft werden. Grenzen und Unabhängigkeit der Länder werden gewahrt. Wer züht die Pakte, kennt die Namen? Und wer erinnert sich eigentlich noch des Kelloggpaktes, der lange schon vor diesem neuen Gestrüpp von Pakten, das sich über Europa ausbreiten soll, den Krieg als Mittel der Politik in Acht und Bann getan hat?

Die Begleitmusik für die neuen Paktverhandlungen in Berlin und anderwärts machen die Regimentskapellen der in italienischen Häfen nach Abessinien sich einschiffenden Truppen und die kriegerischen Euviva-Rufe der die Küsten umsäumenden italienischen Jugend. In bezug auf Abessinien bestehen schon die Friedens- und Freundschaftspakte, die in Berlin jetzt gesucht werden. Im Jahre 1906 wurde ein Dreimächteabkommen zwischen Frankreich, Italien und Großbritannien geschlossen, die den Vertragsschließenden verbietet, in Abessinien besondere Vorteile zu suchen und die drei Großmächte ver-

Alles für den Krieg!

Rohstoffe für Aufrüstung — Subventionen für Ersatz

Der Propagandaminister Göbbels hat jüngst die Presse dringend ersucht, mehr Berichte über die positiven Wirtschaftserfolge der neuen Staatsführung zu veröffentlichen. Die deutsche Presse reagiert auf die Befehle ihres obersten Chefs wie der Soldat auf das Kommando seines Vorgesetzten. Am 16. Februar rückt bereits das amtliche Institut für Konjunkturforschung mit einer Sonderausgabe seiner Wochenberichte heraus, die »die Gesetzgebung des Wirtschaftsaufschwungs« behandelt. Darin wird aufgeführt, was »der starke wirtschaftspolitische Aktivismus in den letzten zwei Jahren« zuwege gebracht hat. Dem Institut kommt es weniger darauf an, die »äußerlichen Erscheinungen« aufzuzeigen, als die »wirtschaftspolitischen Tendenzen, die in ihnen zum Ausdruck kommen, die Form, die der Staat seiner Volkswirtschaft durch die Politik gibt.« In dem Kapitel, das von der »Sicherung der industriellen Rohstoffversorgung« handelt, finden die Tendenzen der Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Staates allerdings unzweideutigsten Ausdruck.

Seit Herbst vorigen Jahres gibt es den gewaltigen Apparat der 25 Ueberwachungsstellen mit Schacht als Kommandanten an seiner Spitze. Man müßte annehmen, daß diese kostspielige Maschinerie den Zweck hat, für äußerste Sparsamkeit in der Verwendung von Rohstoffen und damit gleichzeitig von Devisen zu sorgen. Nach dem Institut für Konjunkturforschung ist es aber gar nicht der Sinn der staatlichen Rohstoffbewirtschaftung, mit der zusammengeschrumpften Devisendecke auszukommen, sondern »die einheitliche Rohstoffbasis allmählich zu verbreitern, und zwar »mit Rücksicht auf die nationale Unabhängigkeit.« Hinzu kommen, sagt das Institut, »in den letzten zwei Jahren die akuten Devisenschwierigkeiten«. Die »nationale Unabhängigkeit« wäre also auch dann zu erstreben gewesen, wenn die »akuten Devisenschwierigkeiten« nicht bestanden haben würden. Die Erfüllung dieser nationalen Aufgabe muß wegen »der akuten Devisenschwierigkeiten« nur weniger »allmähliche« erfolgen, als das sonst der Fall wäre. Wieso wird die nationale Unabhängigkeit beeinträchtigt, wenn ein Land einen Teil seiner Rohstoffe aus dem Ausland beziehen muß? Der Warenkäufer ist an sich nicht mehr vom Warenverkäufer abhängig als dieser von jenem. Ob der Bezahler mehr auf den Lieferanten angewiesen ist oder umgekehrt, hängt von der Lage des Marktes ab. Die »nationale Abhängigkeit« macht sich nur in einem Falle peinlich bemerkbar: wenn der Rohstoffbezug aus dem Ausland gesperrt ist. Das ist der Fall im Fall der Fälle, auf den hin ganz Deutschland einzuxerzieren der eigentliche Sinn der Politik des Dritten Reiches ist. Damit aber auch gar kein Zweifel bestehe, welchen Zweck die staatliche Rohstoffbewirtschaftung des Dritten Reiches hat, wird ausdrücklich folgendes festgestellt:

»Entsprechend diesen Voraussetzungen sind zwei verschiedene Gruppen von Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung zu unterscheiden:

1. Sicherung der Rohstoffversorgung für die wichtigsten Industrien und Anpassung

pflichtet, den politischen und territorialen Status Abessinien zu wahren. Im Jahre 1928 haben Italien und Abessinien auch noch durch einen Freundschaftsvertrag ihre Beziehungen friedlich geregelt. Auf dem Papiere bestehen also Friedenspakt und Garantien. Schade nur, daß die Zwischenfälle kriegerischer Natur nicht abreißen. Die Italiener melden, daß sie nicht in Frieden leben können »infolge des passiven Widerstandes der Abessiner« gegen die hochherzige Freundschaftspolitik des Königreichs Italien, und sie fügen hinzu »Italien erwartet in Ruhe und Bereitschaft die Befehle des Duce.«

Das klingt wie Waffenlärm und nicht wie das Säuseln sanfter Friedensworte.

Mit feierlichen Gesichtern aber tun die europäischen Diplomaten so, als glaubten sie immer noch an die Helligkeit irgendwelcher Friedenspakete, wenn das Interesse eines hochgerüsteten und expansiven Staates deren Bruch gebietet. Der koloniale Eroberungsdrang des Duce richtet sich auf Afrika. Der Wille zum größeren Deutschland des »Führers« zielt auf europäische Gebiete, zunächst

an die durch die Devisenlage gegebenen Schwierigkeiten.

2. Ausbau der heimischen Rohstoffproduktion, also bewußte Neuformung der Wirtschaftsstruktur.

Die Ersetzung der ausländischen Rohstoffe durch heimischen Ersatz ist also nicht bloße Anpassung an die Zwangslage der Devisenknappheit, nicht bloße Notwehr, sondern bewußte Gestaltung der Kriegswirtschaft.

Man muß Schacht das Zeugnis ausstellen, daß er das Kunststück fertiggebracht hat, trotz dem außerordentlichen Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln den Vorrat an ausländischen Rohstoffen anschwellen zu lassen. 1932 betrug der Bestand an Gold und Devisen rund 1 Milliarde, Ende 1934 rund 80 Millionen. Während der Devisenbestand auf ein Zwölftel zusammengeschrumpft war, war die Menge der aus dem Ausland eingeführten Rohstoffe um rund 50% gestiegen. Es sind 1932 257, 1934 378 Millionen Doppelzentner Rohstoffe importiert worden. Die bare Bezahlung wurde entweder durch Nichtbezahlung oder durch Verrechnung ersetzt. Das Wunder ist zum Teil durch simple Prellerlei, zum Teil durch die geldlose Zahlungsweise der Gegenseitigkeitgeschäfte ermöglicht worden. Der Index der gewerblichen Produktion stieg von 61 im Durchschnitt 1932 auf rund 85 Ende 1934, also um etwa ein Drittel, zur gleichen Zeit stieg die Menge der eingeführten Rohstoffe, trotz der forcierten Verwendung von Ersatzstoffen, um die Hälfte. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe war also trotz Devisenknappheit und Devisensperre stärker gestiegen als die Produktion. Es müssen demnach massenhaft unverkaufte Rohstoffe in den Lagerhäusern aufgestapelt sein. Wie ist damit die für einige Gebieten der Warenherzeugung tatsächlich bestehende Rohstoffknappheit zu vereinbaren? Dadurch, daß der Import einzelner Rohstoffe gedrosselt wird, damit die Einfuhr anderer überdurchschnittlich gesteigert werden kann. Das Institut schreibt:

»Daß im Ganzen auf dem Gebiet der Rohstoffbewirtschaftung von Branche zu Branche die Verhältnisse und dementsprechend die ergriffenen Maßnahmen sehr unterschiedlich sind, zeigt nichts deutlicher als die Bewegung der Rohstoffeinfuhr. Trotz der weitgehenden Einfuhrüberwachung ist bei einzelnen Rohstoffen die Einfuhr bis Ende 1934 gestiegen, während sie bei anderen allerdings dafür um so stärker eingeschränkt wurde.«

Damit ist angedeutet, daß bei der Auswahl der Bevorzugungen und Benachteiligungen nach einem bestimmten System verfahren wird.

So ist z. B. von 1932 bis 1934 gestiegen die Einfuhr von Eisenerzen von 34 auf 82 Millionen Doppelzentner, also auf das 2½-fache, von Eisen von 1,7 auf 6 Millionen, also auf fast das Vierfache, von Kupfer von 1,7 auf 2,3, also um fast ein Drittel.

Dagegen war die Einfuhr von Wolle in diesem Zeitraum unverändert geblieben, von Baumwolle von 4,2 auf 4 Millionen gesunken. Es werden also anscheinend mit Bedacht die nicht oder schwer ersetzbaren Rohstoffe gefördert, die leicht ersetzbaren gedrosselt. Was der Zweck dieses Verfahrens ist, geht aus den Ausgaben des Instituts deutlich hervor. So wird gesagt, daß die Verarbeitungs-

verbote für Nichteisenerzmetalle nur dort erlassen werden, wo die Möglichkeit besteht, andere Rohstoffe zu verarbeiten. Desgleichen legt das Institut Wert auf die Feststellung, daß die Faserstoffverordnung, wonach die wöchentliche Arbeitszeit in den Textilbetrieben auf 36 Stunden beschränkt wird, nur für Betriebe gilt, die ausländische Rohstoffe, aber nicht für solche, die heimische Rohstoffe verarbeiten. »Damit ist bereits angedeutet«, fährt der Bericht unterstreichend fort, »daß sich die bestehende Rohstoffüberwachung nicht mit Verboten und Einschränkungen begnügt, sie kann gleichzeitig als Grundlage zur Förderung des Verbrauchs heimischer Rohstoffe angesehen werden.« Man hat aber das indirekt wirkende Mittel des Zwangs durch Rohstoffverknappung durch direkte staatliche Förderung der Ersatzherzeugung ergänzt. Es wird ausdrücklich betont, daß die Steuererleichterung und Steuerbefreiung für Neuanlagen zur Förderung der Ersatzproduktion der Produktion neuer Erzeugnisse bestimmt sind. Die Unternehmer aber, die sich auch durch Steuergeschenke nicht bewegen lassen, ihr Geld in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches zu riskieren, erhalten als Anerkennung für die Befolgung des nationalsozialistischen Grundsatzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz die finanziellen Mittel für Ersatzstoffanlagen vom Reichsfinanzminister geschenkt. »Zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft erhielt der Reichsfinanzminister die ausdrückliche Ermächtigung besondere finanzielle Garantien zu diesem Zwecke zu übernehmen.« »Garantien« ist nur eine zart verhüllende Ausdrucksweise für Subventionen. Man weiß, daß das Hitlerreich »für diesen Zweck« bereits Hunderte von Millionen verschwendet. Man hat also die Industrie nicht dazu bewegen können, aus eigenem Entschluß und auf eigenes Risiko sich für die Ersatzproduktion ins Zeug zu legen. Das gilt aber nicht nur für die Erzeuger, sondern auch für die Verbraucher. Deshalb hat man sich nicht damit begnügt, »die Verarbeitung heimischer Rohstoffe durch Einwirkung auf den Produzenten zu fördern«, sondern sie durch Maßnahmen ergänzt, »die auch den Konsumenten in der gleichen Richtung beeinflussen wollen«. Deshalb hat man eine Reichsausgleichsstelle für öffentliche Aufträge geschaffen, die Bestellungen nur genehmigen darf, wenn bei der Ausführung Kunstspinnfasern und Kunstwolle den Wollgeweben beigemischt werden. Man kann wahrlich nicht behaupten, daß die Hitlerregierung irgend etwas unterlassen hätte, um sich vor den Folgen einer Blockade zu schützen.

Es ist Herrn Schacht nicht unbekannt, daß die »nationale Unabhängigkeit« mit dem Preis der Verteuerung der Produktion erkauft werden muß.

Man nimmt also eine schwere Benachteiligung beim Kampf um den Weltmarkt in Kauf, um dafür einen Vorteil beim Kampf auf einem blutigeren Schlachtfeld einzutauschen.

Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches steht im Dienst der Vorbereitung des künftigen Krieges, und die Geständnisse des Instituts für Konjunkturforschung zeigen, daß das Hitlerreich sich bereits stark genug fühlt, offen zu sagen, wie stark es ist.

G. A. Frey.

Der Judaskuß



Der Nationalsozialismus und der Frieden. (Notenkracker-Amsterdam)

im Osten. Gemeinsam ist beiden Diktaturen die Militarisierung des ganzen Volkes, die Ueberhitzung des Nationalgefühls zum nationalistischen Paroxysmus. In Berlin sind Wille und Wahn indes noch um viele Grade wilder und gefährlicher als in Rom. Der Wahnwitz ist nicht durch Diplomatengespräche und durch Pergamente zu bannen. Es müssen wieder Regierungen unter Volksverantwortung und Volkskontrolle erstehen. Gewiß ist es nicht die Aufgabe der fremden Regierungen, etwa den Deutschen zivilisierte Regierungsmethoden aufzuzwingen. Wohl aber erfordern der Frieden und die ökonomische und die kulturelle Entwicklung Europas, daß Regierungen und Völker jedes Kulturstaates die Säuberung des Kontinents von barbarischen Regierungsmethoden anstreben.

Das ist die Voraussetzung für jede Vertragspolitik, die ein Mindestmaß von Vertrauen haben muß, wenn sie nicht nur unwirksam sondern gerade durch ihre Heuchelei friedensgefährlich werden soll.

Hannes Wink.

Neue Fesselung der Arbeiterschaft

Zurück zum Arbeitsbuch — Versklavung der Landarbeiter

Immer wieder denkt man, daß die Arbeiterfeindschaft der Hitlerdiktatur endlich erschöpft sein müßte, daß diesem Regime wirklich nichts mehr zu tun übrig bliebe, nachdem es selbst die kühnsten Träume der Scharfmacher erfüllt hat. Aber immer wieder entspringen dem Gehirn des Gelben, der die Spitze dieser Diktatur darstellt, neue Pläne zur Fesselung der Arbeiterschaft.

In seiner Sitzung vom 26. Februar hat das Reichskabinett ein Gesetz angenommen, das das berüchtigte Arbeitsbuch wieder einführt. Es soll einen amtlichen Ausweis über die Berufsbildung und berufliche Entwicklung der Arbeiter und Angestellten darstellen. Kein Arbeiter oder Angestellter soll nach dem 1. April 1935 mehr beschäftigt werden dürfen, der nicht im Besitze des für ihn vorgeschriebenen Arbeitsbuches ist.

Als Zweck der Maßnahme wird ganz offen angegeben, daß damit ein weitgehender behördlicher Zwang auf die Verteilung der Arbeitsplätze ausgeübt werden soll. Man will damit den »Zudrang zu überfüllten Berufen« abbremsen, die Landflucht verhindern und die Schwarzarbeit unmöglich machen. Es handelt sich also um eine weitere Einschränkung der Freizügigkeit. Der Landarbeiter soll an die Scholle gebunden bleiben. Die Arbeitsämter werden die von ihnen durch die Arbeitsbücher kontrollierten Arbeiter den Unternehmern nach deren Wunsch zuweisen und die Unternehmer auf alle Fälle davor geschützt sein, unter Umständen sich durch bessere Bezahlung tüchtige Arbeiter verschaffen zu müssen. Darüber hinaus aber bedeutet das Arbeitsbuch eine ständige weitgehende Kontrolle jedes einzelnen Arbeiters. Die Verweigerung des Arbeitsbuches bedeutet den wirtschaftlichen Hungertod und ungünstige Eintragungen verurteilen das Opfer zu immerwährender Arbeitslosigkeit.

Vor dem Aufkommen der modernen Arbeiterbewegung bestand in manchen halbfeudalen und halbabsolutistischen Staaten bereits diese Einrichtung.

Neben dem Kampf um die Erreichung der Koalitionsfreiheit war der Kampf zur Abschaffung des Arbeitsbuches eines der wichtigsten Programmpunkte der beginnenden Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft.

Nichts kann den grundreaktionären Charakter der Hitlerdiktatur stärker zum Ausdruck bringen, als daß sie die deutsche Arbeiterschaft auf diesen früheren Zustand wieder zurückgeworfen hat, daß im zwanzigsten Jahrhundert die Parolen vom Beginn des neunzehnten wieder aktuell sind und daß der Kampf um die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit und um die Beseitigung der elenden Ausnahmebestimmungen, die die Wiedereinführung des Arbeitsbuches darstellen, wieder zu unmittelbaren Kampfzielen werden.

Den Gipfel der Arbeiterfeindschaft erreicht aber die Hitlerdiktatur in ihrem Vorgehen gegen die schwächste, in ihrer Isolierung am wenigsten widerstandsfähige Schicht — in ihrer Mißhandlung der Landarbeiterschaft. Schon bisher prasselten auf die Landarbeiter eine Reihe von Ausnahmebestimmungen nieder, die ihre Freizügigkeit fast völlig beseitigten. Der Zugang in eine große Reihe von Städten wurde verboten, die Einstellung von auf dem Lande Beschäftigten in vielen entscheidenden Wirtschaftszweigen untersagt, die Arbeitslosenversicherung den Landarbeitern geraubt. Alles wurde getan, um den Großgrundbesitzern und den Großbauern ein rechtloses, gefügiges Landproletariat zur schrankenlosen Ausbeutung auszuliefern und durch die Institution der Landhelfer dafür gesorgt, daß den »freien« Landarbeitern die letzte Widerstandskraft durch den Einsatz dieser Zwangsarbeiter genommen würde.

Aber dem Hitler war auch das noch nicht genug. Durch die Nachfrage der Rüstungsindustrie und durch den Bedarf des Straßenbaus nach Arbeitern scheint bei einzelnen Großgrundbesitzern und Großbauern die Befürchtung aufgetaucht zu sein, daß sie unter Umständen im Frühjahr Mangel an Arbeitern bekommen könnten und am Ende gar die eben so kräftig reduzierten Löhne erhöhen und

für menschenwürdigere Unterbringung würden Sorge tragen müssen. Das darf unter der Hitlerdiktatur natürlich unter keinen Umständen geschehen und umso weniger, als im Frühjahr die berühmte »Erzeugungsschlacht« des Darré beginnen soll, die nicht durch erhöhte Arbeitskosten gestört werden darf. Deshalb werden die bisherigen Maßnahmen noch verschärft und man hat wirklich noch ein neues Mittel entdeckt.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung kann in Zukunft anordnen, daß Arbeiter oder Angestellte, die innerhalb bestimmter Zeit vor Erlaß der Anordnungen in der Landwirtschaft tätig waren, aber zur Zeit des Erlasses der Anordnung in anderen als landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer ihres Betriebes zu entlassen sind.

Mit anderen Worten: die Glücklichen, denen es trotz aller Schwierigkeiten doch gelungen war, dem von der Diktatur ins Grausige gesteigerten Landarbeiterelend zu entgehen, werden jetzt zwangsweise wieder in dieses Elend zurückgeschleudert. Es ist eine Sklavengesetzgebung, die heute in keinem einzigen anderen Lande existiert.

Neue Zwangskonversionen

Während die Diktatur durch die Befriedigung der sozialreaktionären Instinkte die unzufriedenen und schwierig gewordenen Schichten des ländlichen Besitzes wieder enger an sich zu binden versucht, setzt sie gleichzeitig ihre Bemühungen nach einer finanziellen Entlastung sowohl der Staats- wie der Privatwirtschaft fort. Nachdem sie die Zwangskonversion der Pfandbriefe durchgeführt hat, die insbesondere dem städtischen Hausbesitz eine wesentliche Entlastung gebracht hat, ohne daß diese mit einer Mietensenkung verbunden gewesen wäre, wird jetzt eine zwangsweise Herabsetzung der Zinsen für die öffentlichen Anleihen in die Wege geleitet. Alle Anleihen und Schatzanweisungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die bisher mit 6% und mehr verzinst waren, werden künftighin nur mit 4½% verzinst. Der Gesamtbetrag der erfaßten Anleihen wird auf rund 2 Milliarden Reichsmark veranschlagt, wovon 400 Millionen auf die Länder, 200 Millionen auf die Provinzen, 440 Millionen auf die Gemeinden und ein Betrag von etwa 1 Milliarde auf Reichsschuldbuchforderungen entfallen. Der Zwang wird in derselben Weise ausgeübt wie bei der Konvertierung der Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Die Anleihebesitzer können den Betrag nicht in bar zurückfordern, wie das bei allen freiwilligen Zinsumwandlungen der Fall ist; die nicht umgewandelten Anleihen werden nicht mehr zur Börsennotiz zugelassen, was bedeutet, daß sie unverkäuflich und unbeleihbar sind, so daß eben den Be-

sitzern nichts anderes übrigbleibt, als sich in ihr Schicksal zu fügen. Dies umso mehr, als ja auch den Aktiengesellschaften eine Erhöhung ihrer Dividende über 6% resp. 8% hinaus praktisch unmöglich gemacht worden ist und dadurch die Tauschmöglichkeiten eng umgrenzt sind. In einem Lande mit so weitgehender Devisenbewirtschaftung, die die Anlage in ausländischen Papieren verhindert, ist eben der Zinssatz für Anleihen etwas durchaus Willkürliches geworden, und deshalb weitgehenden staatlichen Eingriffen unterworfen werden.

Die Zinsermäßigung bedeutet für die öffentlichen Körperschaften eine jährliche Zinsersparnis von etwa 30 Millionen RM., von der ungefähr die Hälfte auf das Reich entfällt. Ebenso wie die Ermäßigung der Pfandbriefzinsen bedeutet auch die Herabsetzung der Anleihezinsen eine große Härte für viele kleine Rentner, deren Lebensunterhalt aus diesen Zinsen bestritten wird. Denen wird die Errichtung eines Härtefonds versprochen, aus dem ihnen eine Ausgleichsunterstützung gewährt werden soll. Ob und wie dieses Versprechen gehalten werden kann, wird man ja später sehen.

Im Anschluß an diese Senkungsaktion wird auch eine Ermäßigung der Bank- und Sparkassenzinsen vorgenommen. Die Einlagen bei den Banken, Genossenschaften und Sparkassen werden in Zukunft mit ½% weniger verzinst. Der Satz für Spareinlagen beträgt also künftig 3% statt der bisherigen 3½%. Ebenso soll der Zinssatz für Darlehen, die die Kreditinstitute gewähren, im Durchschnitt um ½% herabgesetzt werden. Die Neuregelung bedeutet vor allem eine immerhin nicht unwesentliche Verbilligung der großen Wirtschaftskredite, während sie auf der anderen Seite für die kleinen Sparer eine neue Schmälerung ihrer Einkünfte zur Folge hat.

Während aber in den anderen größeren Industriestaaten die Verflüssigung der Geldmärkte und eine Auflockerung der Kapitalmärkte auf organischem Wege eingetreten ist, wird sie in Deutschland künstlich durch Zwangseingriffe bewirkt. Der Unterschied besteht eben darin, daß die ungeheuren unproduktiven Ausgaben des Reiches einen Finanzbedarf erzeugen haben, der fortschreitend zu einer Beschlagnahme aller flüssigen Mittel und der neugebildeten Kapitalien führt. Dieser Prozeß einer fortschreitenden Immobilisierung der Wirtschaft, der in Deutschland im Gegensatz etwa zu England, Frankreich oder den Vereinigten Staaten die Zinssätze andauernd hoch hält, wird nun verhüllt durch die weitgehenden Zwangseingriffe, die das Niveau der Zinssätze künstlich erniedrigen. Es ist ein Herumpfuschen an Symptomen, aber keine Heilung des fortschreitenden Krankheitsprozesses.

Dr. Richard Kern.

„Familie Höfeld“

In Deutschland erregt man sich zur Zeit in allen Sprachen der Entrüstung über den grausamen Vater Höfeld aus Frankfurt am Main, der seine vierzehneinhalbjährige Tochter in den Tod treiben wollte. Er gab ihr am 9. Dezember den Befehl, von der Deutscherbrücke in den Main zu springen. Als dies geschehen war, ging er ruhig nach Hause und sagte zu seiner Frau: »So schlecht wie die Hilde im Leben, so tapfer war sie im Tode. Und legte sich schlafen.«

Die jetzt abrollende Gerichtsverhandlung gibt ein furchtbares Bild von dem Martyrium einer Vierzehnjährigen, die ihre Rettung aus den Fluten des Mains einem Zufall verdankt. Da ergibt sich die Bestie in Menschengestalt. Bevor Hilde, die ein paar kleine Verfehlungen begangen hatte, in den Tod getrieben wurde, mußte sie sich ihrer guten Kleider entledigen und gegen die schlechten eintauschen. Ihr junges Leben war eine einzige Qual. Bei dem geringsten Vergehen erhielt sie Arrest bei Wasser und Brot. Vorher prasselte die Reitpeitsche oder der Ochsenzügel auf den jungen Körper.

Wir teilen die Entrüstung der Frankfurter Bevölkerung, die sich in Massen vor dem Gerichtsgebäude staut, doch möchten wir nur darauf hinweisen, daß der Fall Höfeld im braunen Deutschland keine Ausnahme ist.

Da ist vor wenigen Tagen von der Gattin des ermordeten Erich Mühsam eine Broschüre herausgekommen, aus der das Frankfurter Gericht, vielleicht zu seinem Erstaunen, ersehen würde, daß die Reitpeitsche und der Ochsenzügel sozusagen zum amtlichen Requisit in Deutschland gehören. Vater Höfelds Sadismus wird — wir müssen der Wahrheit die Ehre geben — noch übertroffen. Man zwang Erich Mühsam, sein eigenes Grab zu schaufeln; man stellte ihn zum Erschließen an die Wand, man schlug ihn auf beiden Ohren taub; man rotzte ihm in den Mund, und auch er erhielt den Befehl zum Selbstmord.

Am 9. Juli 1934 wurde Mühsam nachmittags zum Sturmführer Erhart gerufen und gefragt:

»Mühsam, wie lange gedenken Sie noch in der Welt herumzulaufen? Wenn Sie sich nicht selbst erhängen, dann werden wir nachhelfen.«

Erich Mühsam war nicht so folgsam wie Hilde Höfeld. Er tat ihnen nicht den Gefallen, — und so wurde nachgeholfen.

Aber Mühsam ist nicht das einzige Höfeldsche Muster. Tausende sind in den Konzentrationslagern ermordet, zehntausende mißhandelt worden, in derselben Weise wie es Höfeld mit seiner Tochter tat!

Also wir meinen: die berechtigte Aufregung darf bei Höfeld nicht Halt machen, der nur zu gut die offiziellen Methoden der

Quälerei abgeguckt hat — die Eicke, Stahlkopf, Erbmaier, Erhart, die braunen und die schwarzen Gesellen, sind nicht weniger schuldig als dieser Vater. Der vor das Gericht gebrachte Höfeld ist der Repräsentant des heute herrschenden Deutschlands. Er ist nicht schlimmer als Julius Streicher, der Mann mit der Reitpeitsche, den Adolf Hitler anlässlich seines 50jährigen Geburtstages mit allen Ehren überschüttete. Das Gericht in Frankfurt sollte bei Höfeld nicht Halt machen!

Kulturkampfstimmung

Fastenbrief des Erzbischofs von Köln.

Nun da die Saarabstimmung vorüber und der Waffenstillstand nicht mehr vonnöten ist, mehren sich die Angriffe auf die katholische Kirche im Dritten Reich wieder gewaltig. Dinter nannte den Kardinal Faulhaber in seiner Zeitschrift »den allergerissensten Jahwepriester der jüdisch-römischen Kirche« und fiel mit dieser Äußerung nicht mal aus dem Rahmen, denn schwerste Beschimpfungen, Verdächtigungen katholischer Priester sind an der Tagesordnung.

Die katholische Kirche antwortet, indem sie ihre Anhänger zu festerem Zusammenhalt — ja zum Märtyrertum aufruft. Der Erzbischof von Köln — Kardinal Schulte — wendet sich an den Klerus und an alle Gläubigen des Erzbistums Köln mit einem Fastenbrief, der von den Kanzeln verlesen wird und in den katholischen Zeitungen eine ganze Seite füllt. Es heißt darin:

Geliebte Erzdiozesanen! Heute sind wiederum Freigelaster und Christusgegner an der Arbeit, um an Stelle von Christentum und Kirche dem deutschen Volke eine Religion zu bringen, die sie als bessere zu rühmen wagen. Ungehindert und unaufhörlich preisen sie — dieser so und jener anders — als neuen deutschen Glauben ein Heidentum der Rasse und des Blutes an, das Gott, den Schöpfer Himmels und der Erde, abschaffen und Christentum und Kirche ersetzen soll. Sie nennen sich selber Heiden und sind auf diesen Namen stolz.

Ein katholischer Christ, der seinen Glauben kennt, und daher weiß, was er an Christentum und Kirche hat, wird sich nie und nimmer zum Rückfall in solches Heidentum bereden und bewegen lassen. Im Gegenteil! Je mehr er von der sogenannten deutschen Glaubensbewegung aus den Schriften und Reden der Wortführer erfährt und die Grundsätze kennenlernt, die in Zukunft unserem Volke Halt und Hell im Leben und im Sterben bringen sollen, desto klarer wird ihm, wie solide demgegenüber der Boden ist, auf dem ihn sein katholischer Glaube gestellt hat.

Schmerz erfüllt aber muß ich, meine lieben Erzdiozesanen, klagen, daß sogar die noch schulpflichtige unerfahrene Jugend heute durch Aneignung des Heidentums und Verächtlichmachung ihres christlichen Glaubens im Gewissen verwirrt werden darf. Immer dringlicher und ernster haben eure Bischöfe Einspruch dagegen erhoben; freilich ohne Erfolg. Man spricht bereits von einer Massenzahl deutscher Jungheiden, die mit Haß im Herzen Christus verlassen und verworfen. Einer, der diese Jugend kennt und innerlich ihr nahesteht, hat offen zugegeben: »Manchmal erschrickt man vor der Gewalt des Hasses gegen das Christentum, die uns aus diesen jungen Seelen entgegenbricht.«

Bei solcher Lage der Dinge, katholische Eltern, kann nur noch die größte Gewissenhaftigkeit und wachsamste Sorgfalt eurerseits dem Unheil und Unglück solcher Verderbnis steuern, vor der auch die Seelen eurer Kinder, Gott sei es geklagt, heute nicht mehr sicher sind.

Die Blätter der »Deutschen Christen« und der Neuheiden haben diesen Hirtenbrief aufgegriffen und fordern immer lauter einen Kulturkampf nach Bismarcks Muster, fordern immer lauter die Ausrottung der »Jahwepriester«, sei es auch mit Feuer und Schwert. Hitler, der starke Mann, versucht sich mit Beruhigungsmanövern aus der Affäre zu ziehen, versucht zu laviere und die Frage in der Schwebe zu halten. Wie lange das freilich noch gelingen wird, ist ihm selbst nicht klar. Das »in allen Teilen geeinte deutsche Volk« gibt seinem Einziger unlösbarer Rätsel auf.

Neue Offensive gegen Katholiken

»Wir werden im März einen aufwühlenden Propagandafeldzug durchführen, um die weltanschauliche Einigung des deutschen Volkes entscheidend zu vertiefen... Wer den Nationalsozialismus antastet, bedroht das Leben des deutschen Volkes und ist damit unser Feind. Nach diesem Grundsatz werden wir alle jene behandeln müssen, die unter der Tarnung konfessioneller Besorgnisse systematisch gegen die deutsche Einigung wirken.«

Gauleiter Grohé, Köln, sprach in einer Köln-Nachricht:

Hier wird eine neue Offensive gegen die Katholiken angekündigt!

Hitlers deutsche Juden

Die merkwürdige Sorte Juden, die sich von den Nationalsozialisten anspornen läßt und noch eine Ehre darin setzt, dem Hitlerregime zu dienen und begeistert für seine Tendenzen zu zeugen, hat sich nunmehr auch eine eigene religiös-historisch-philosophische Theorie zurechtgelegt. Denn nach den Schläßen und Lehren einer »Theorie« ein Charakterkump zu sein hat nichts Entehrendes mehr an sich, und unter »philosophischer« oder gar »religiöser« Begründung seinem gehässigsten Verächter Kränze winden kann eine rühmensewerte Tat sein. Aus solchen Erwägungen wohl schrieb der Berliner Doktor der Philosophie Hans Schoeps seine Abhandlung »Wir deutschen Juden«, und um seinen Gedankengängen noch mehr Widerhall zu verschaffen, gründete er einen »Gesprächskreis: der deutsche Vortrupp« und gliederte ihm einen Verlag und eine Zeitschrift gleichen Namens an.

Wie dreht man das Ding also theoretisch, um sich wohl oder übel zum Judentum zu bekennen und um sich gleichwohl den »Deutschstimmigen« an die Fersen zu heften? Man beweist unter tausend Bibelzitate, daß die Juden keine Nation seien, ja daß es ihre besondere, ihnen von Gott verliehene Sendung ausmache, keine Nation zu sein. Sie, die durch den Auszug aus Ägypten ein Volk wurden, wurden durch die Gesetzgebung am Sinai das eine Volk des Bundes mit Gott, und das, ein Gottesvolk, sind sie bis zum heutigen Tage geblieben. Aber den Auftrag an sie, auch ein weltliches Geschichtsvolk zu sein, hat Gott an jenem 9. Ab des Jahres 70 nach Christi »suspendiert«, als er zuließ, daß der Jerusalemer Tempel von Kaiser Titus zerstört werde, und fortan war es Gottes Wille, daß die »Juden in echter und legitimer Weise Glieder der Weltvölker werden konnten, geworden sind und werden müssen, ohne dabei aufzuhören, Juden zu sein.« Wenn es bei so viel Theologie und so unerträglichem Getue mit »Sendung« und »Auftrag« etwas schwindlig zumute wird, der übersteht, daß der also salbadernde Rabbiner nach guter Pfaffenart mit seinem frommen Gerede sehr irdische Zwecke verfolgt und daß er sich seine feste theologische Position sorgfältig schaffen muß, um von ihr aus gegen ehrlich empörtes jüdisches Selbstgefühl, gegen den sozialistischen Internationalitätsgedanken und zur schweifwedelnden Rillerbegeisterung vorstoßen zu können.

Am leichtesten wird Herr Schoeps solcherart mit dem Zionismus fertig: der maß sich an, die im Jahre 70 von Gott verfügte Suspendierung der weltlichen jüdischen Nation nicht anzuerkennen und die Juden als Volk neben andere Völker zu stellen — rasch her mit dem großen rabbinischen Bann über ihn! So einfach ist es, geschichtliche Bewegungen abzutun und sie als verkehrt oder gar freverlich zu erweisen, wenn man jederzeit den großen Jehova als Schwurzeugen gegen sie zur Verfügung hat. Vor demselben Zeugen sind Liberalismus und Marxismus »Mißverständnisse einer falschen Assimilation«, wie sie mit der »überreife« Judenemanzipation des neunzehnten Jahrhunderts fast notwendig zusammenhängen. Statt sich nämlich damals den Völkern und Staaten auf Grund der »Bindungen« einzugliedern, die der ewige Bund mit Gott und die unsterblichen Schoepsse als dessen einzig berufenen Interpreten den Juden auferlegen, wagten es jene »falschen Assimilanten«, die Sonderart des Gottesvolkes und die Unterschiede zwischen sich und ihrer Umgebung nicht mehr zu sehen, verloren derart den Boden der geschichtlichen Wirklichkeit unter ihren Füßen, und was dabei herauskam, war eben — Marx. Also lesen wir schaudernd:

Die falsche Emanzipation ließ gewisse Juden zu Revolutionären werden, die ihrer »reaktionären« Bindung ledig nunmehr den Kampf gegen alle Bindungen aufnehmen. Anfangs geschieht es aus Glauben und Pathos für die neuerkannte Schöpfungswahrheit und die neukonstruierte Bindung. Später, wenn die Konstruktion sich herausstellt als Ersatz zerstörter Wahrheit, schlägt der enttäuschte Glaube in Zynismus und Ressentiment um, mit denen man dann den Kampf aufnimmt gegen alle und jede Ordnung oder Bindung, weil man es nicht erträgt, daß andere glücklicher daran sind als man selbst und man ihnen darum ihr Glück mit diabolischer Dialektik als Ideologie und Utopie zu »beweisen« getrieben ist. So ... lügt der Wille zur radikalen

Assimilation sich und der Welt die Tarnung vor, die er sich als Lebensform erkorren hat. Ist es die Menschheit, steht er für die konstruierte Internationale und gegen das Recht der wirklichen Nation. Ist es der ewige Friede, steht er theoretisch gegen den Waffenkrieg, und weil er das wirkliche Wesen der Menschen und der Welt radikal verkennt, verschiebt er die Dämonien und den Kriegskonflikt in den Wirtschaftsraum, der zwar nicht den Tod vorm Feind, dafür aber die Hungerblockade kennt.

Gegen diese Verfälschung seiner Art hat der Deutsche nach Schoeps allen Grund, sich zu empören, sich auf sich selbst, auf Blut und Boden und auf rassische Art zu stellen und alles »Fremde«, das er, wie man sieht, nicht ohne Grund wenn auch in ungerechter Verallgemeinerung »jüdisch« nennt, aus seinem Wesen auszustoßen. Das fühlt Herr Schoeps mit jenem Teil seines Ichs begeistert mit, der auf den schönen feudalen Namen »Hans Joachim« hört, und in jenem mystischen »Hohlraum«, in welchem die selber von Gott entnationalisierten Juden die »Substanz« ihrer Wirtsnation unverlierbar in sich aufgenommen haben. So ganz von deutscher Substanz durchdrungen, bestätigt er dem nationalsozialistischen »Umbrüche«, daß dieser nichts als ein »völkischer Protest gegen alles staatlich-imperiale Denken und Handeln« sei, daß ihm »jeder Sendungswille an die Welt« fehle und er lediglich den in seinen Gefäßen und Organen infekti-

erkrankten Volkskörper durch eine Radikalkur, durch eine Erneuerung der Säfte vorm Zerfall retten wolle. Um die Wahrung des bedrohten Volkskörpers willen mußte daher das biologische Thema angeschlagen und auf die Elementarböden von Blut und Rasse zurückgegriffen werden.

Hans Joachim also bringt es fertig, sich selber, dem Rabbiner Schoeps, ins Gesicht zu schlagen und den Grundsatz »In der Rasse liegt die Schweinerei« als berechtigte, ja unausweichliche Selbsthilfe der deutschen Nation zu preisen, aber freilich, ganz umsonst kauft er den ganzen Phrasensalat Hitlers und Rosenbergs nicht wieder. Die Juden seiner Art sollen dafür, bis sie sich selbst entsprechend »artbewußt ausgegliedert« haben und bis der deutsche Säuberungsprozeß vollzogen ist, als gleichwertige Brüder im Geiste anerkannt werden, und wie vollkommen bis zur letzten Verlogenheit des schmalzigsten Heidenpathos diese Gleichwertigkeit schon erreicht ist, belegen die folgenden »Bekanntnisse« des hitlerjüdischen »Vortrupps« in Vers und Prosa:

Wir deutschen Juden wollen nicht unser Glück, sondern das Glück des Vaterlandes ist unser Glück. Wir suchen nicht die eigene Freiheit, sondern die eigene Gebundenheit. Wir warten auf den Tag des Einsatzes, an dem eine gläubige Jugend ihre Treue wieder bewähren darf. Wir stehen in Wartehaltung, alle Muskeln gespannt, jeden Tag aufs neue bereit einzu-

springen und am deutschen Werk mit unseren Händen anzupacken. In uns glüht das Feuer der Bereitschaft, weil wir bereit für Deutschland sind.

Oder:
Wir marschieren über die Straße
In gleichem Schritt und Tritt
Und über uns die Fahne
Sie knallt und flattert mit.

Voran der Trommelbube
Er schlägt die Trommel gut,
Er weiß noch nichts von Liebe,
Weiß nicht wie Scheiden tut.

Er trommelte schon manchem
Ins Blut und auch ins Grab,
Und dennoch liebt ein jeder
Den stolzen Trommelknab'.

Vielleicht bin ich es morgen
Der sterben muß im Blut.
Der Knab' weiß nichts von Liebe,
Weiß nicht, wie sterben tut.

Hier scheint uns Hans Joachim in der Angleichung allerdings schon ein wenig zu weit zu gehen. So schlechte Verse schreiben selbst die Hitlerbarden nur selten, und auch an einen von marschierenden Männern geliebten »Stolzen Trommelknab'« zu erinnern, scheint uns seit dem dreißigsten Juni und der Achtung alles Römischen Wesens riskant. Man muß sich auch umschalten, nicht nur gleichschalten können, wenn man ein rechter Hitlerscher Hausjud werden will.

Alfred Kleinberg.

Wilhelm Tell im Stadttheater

Das Haus war ausverkauft. In den Logen bemerkte man die beiden Bürgermeister und die Direktoren der Städtischen Werke. Das Parkett wimmelte von Beamten, die höheren Gehaltstufen vorn, nach hinten zu die Subalternen. Auf dem Olymp drängte sich das Volk der Heizer und Bürodiener. Nach der neuen Bestimmung hatte das städtische Personal die unverkäuflichen Plätze des Stadttheaters — je nach Einkommen — zu übernehmen.

Man sah gelangweilt drein. Ausgerechnet den Wilhelm Tell mußte man ansehen. Ein Stück für die reifere Jugend. Auf der Schule war es einmal schon verkehrt worden.

Da ging der Vorhang auf. »Es lächelt der See...« Wie eine Reklame von Suchard oder Nestlé sah die Bühne aus. — »Die braune Liesl kenn ich am Geläut...« Nun kam atemlos ein fliehender Mann gelaufen. Aha, Baumgarten!

Dem Steuerassistenten Penzlau fiel etwas ein. So — genau so war einige Tage nach dem »Umbruch« sein Flurnachbar, der Reichsbannerführer Lier in seine Wohnung gestürzt und hatte gefleht ihn vor der SA zu verbergen. Penzlau hatte natürlich das einzig Vernünftige getan und den Mann — er tat ihm ja leid, aber man hatte an seine eigene Familie zu denken — angegeben und ausgeliefert. Er hatte noch gesehen, wie sie Lier auf der Treppe mit Stiefelabsätzen zu Tode traten. Aber das durfte nicht gesagt werden, denn Lier war nach offizieller Lesart auf der Flucht erschossen worden. Na, er würde sich nicht den Mund verbrennen — darauf stand Gefängnis!

Aber merkwürdig: Der Fischer auf der Bühne, der auch an seine Familie dachte und dem Baumgarten nicht helfen wollte, gefiel den Leuten nicht, auch nicht dem Steuerassistenten Penzlau. Alles atmete auf, als Tell, der Retter erschien. Auf der Bühne waren die Dinge eben anders als im Leben.

Auch der Sekretär Köhler wurde bei der Erzählung Baumgartens plötzlich an gewisse Dinge erinnert. Drehte sich nicht alles nach ihm um, als vom Landvogt Wolffenschießen die Rede war, der Unziemliches von Baumgartens Frau verlangt hatte? — Kein Mensch beachtete ihn. Aber der Sekretär Köhler lief gleichwohl dunkelrot an. So wie Baumgarten den Landvogt, hatte er den Obersturmhauptführer Rothe einst bei seiner Frau erwischt. Freilich war er, der Sekretär Köhler, nicht hinzugelassen mit der Axt und hatte ihm das Bad gesegnet. O nein, er hatte sich ängstlich davongeschlichen. Gegen einen so hohen SA-Funktionär konnte man nichts machen. Muckte man auch nur, da

rückte einem gleich ein SA-Sturm auf die Bude...

Tatsächlich, da erschien die SA schon auf der Bühne. Weil der Tell dem Baumgarten davongeholfen, demolierten sie dem unschuldigen Fischer die Hütte, fielen sie in die Herde des unbeteiligten Hirten! Ja, so trieben sie's. — Nein, nicht diese gefährlichen Vergleiche, sie führten zu nichts! — Aber für sich denken konnte man doch einiges, jawohl! — Mit eigenen Augen hatte man gesehen, wie die SA aus Wut darüber, daß ihnen der sozialistische Abgeordnete Brill einkommen war, seinem Schwager die Wohnung kurz und klein schlug, genau wie jetzt die Schergen des Landvogts die Fischerhütte auf der Bühne. Und Frau Brill hatten sie als »Geisel« mitgenommen, sechs Monate war die Arme interniert gewesen. Das mußte man als »Staatsnotwehr« guthieß. Im Stück aber hatte man sich über genau das gleiche moralisch zu entrüsten. Da sollte einer sich auskennen!

Je weiter die Aufführung fortschritt, desto größer wurde die Zahl derer, die etwas bemerkten. Nach und nach erkannten sie ihre eigene Schmach wurde gespielt. Sie aber sie waren nicht die Helden, die sich auflehnten, sie waren Fleisch vom Fleisch der sich duckenden Feiglinge.

Zwing-Uri wurde auf der Bühne erbaut. Fronvögte schlugen die ermatteten Zwangsarbeiter. Ein paar Jüngere fühlten sich plötzlich an ihre Zeit beim FAD zurückernert. »So haben sie's mit uns getrieben, wenn wir nicht mehr konnten.« Der Schieferdecker stürzte vom Dach. Auf dem dritten Rang, wo Arbeiter der städtischen Werke saßen, wurde man aufmerksam. In letzter Zeit hatten sich infolge des verschärften Arbeitstempos die Unfälle vermehrt. »Genau wie bei uns im Betrieb«, sagte eine Stimme aus dem Dunkel, ein paar andere erwiderten: »Stimmt!«

Es schlug etwas von der Bühne in den Zuschauerraum. Die Rütlizone stieg. Von alten, verbrieften Rechten wurde erzählt, die man früher besessen hatte und die einem geraubt worden waren. Wen betraf das? — Beim Schwur: »Wir wollen frei sein, wie die Väter waren...« klatschte es hier und da, aber noch waren die Aengstlichen in der Mehrheit: Ein bestürztes »Sasst...« raunte durch die Finsternis.

Doch im dritten Akt geschah das Unerwartete. Der Hut ragte zu Altort auf der Stange, bewacht von Reisigen, die den vorchriftsmäßigen Gruß kontrollierten. Tell kam mit seinem Jungen, grüßte nicht: »Was

kümmert uns der Hut, kommu laß uns gehn.« — Bei diesen Worten rief eine laute Stimme: »Bravo, Eckmann!«

Jedermann verstand. Eckmann war ein Kollege beim Magistrat gewesen, ein lieber, stiller Mensch, mit dreißigjähriger tadelloser Dienstzeit. Jeder hatte ihn gemocht, nie hatte sich einer vergeblich an ihn um eine Gefälligkeit gewandt. Politisch war er kaum hervorgetreten, hatte ihm angetragene Ehrenämter stets abgelehnt — in der Beziehung war er Eingänger gewesen. Aber als eines Tages nach dem Umbruch bekannt gegeben wurde, von nun ab sei beim Betreten der Räume der Gruß »Heil Hitler!« auszubringen, — da hatte Eckmann einfach nicht mitgetan. Man hatte ihn gemahnt, verwarnet, seine Vorgesetzten hatten ihn bestürmt, an seine Familie erinnert, — nichts hatte genützt. Eckmann war dabei geblieben: Einer so widerlichen Gesinnungskontrolle, einem so ekelhaften Byzantinismus unterwerfe er als aufrechter Mann sich nicht. Im Kaiserreich habe man selbst nicht mit »Heil Wilhelm!« grüßen müssen. — Natürlich hatte alles innerlich Eckmann völlig recht gegeben; aber — die Vorschriften! Man mußte Eckmann ohne Pension entlassen.

Nun aber, als Tell dem Geßlerhut die Reverenz verweigerte, rief ein Kollege — welcher, ließ sich hinterher nicht feststellen — laut und deutlich: »Bravo, Eckmann!« Und aus dem Dunkel des Zuschauerraums antwortete ein tausendfältiges »Bravo!« — Gewiß, sie riefen nur »Bravo!«, weil sie geschützt im Dunkel saßen. Wäre das Licht angesprungen, Eckmann hätte wiederum allein gestanden und sie hätten ihn aus ihrer Mitte abführen lassen wie die Schweizer ihren Tell. Doch nun war wenigstens einmal, den Bruchteil einer Sekunde, solange als der Ruf »Bravo!« dauert, ihre wahre Gesinnung heraus, und dieser winzige Moment wirkte wie eine Erlösung vom Joch des ewigen Gesinnungszwangs.

Auf der Bühne befreiten sich die Schweizer, Zwing-Uri wurde zerstört, der Hut von der Stange geholt. Vor sechshundert Jahren machte man das so. Heute... Wie sie nach beendeter Vorstellung in die beleuchtete Garderobe strömten, wagte niemand recht, dem andern in die Augen zu sehn. Was waren sie doch allesamt Feiglinge und Arschkriecher. Doch wenigstens einmal hatten sie gesagt, was sie dachten!

Uebrigens wurde acht Tage darauf der Pflichtbesuch des städtischen Theaters für die kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeiter wieder aufgehoben. Mucki.

Kindermord

Es mutet wie ein schauriges Ammenmärchen an: zwei kleine, zehnjährige Mädchen pfücken am Flußufer Frühlingszwiege, sind in ihre Freude vertieft, wissen wohl kaum, daß sie ein Verbot übertreten. Plötzlich springt dicht neben ihnen ein Kerl aus dem Gebüsch, den sie nicht kommen hörten, weil er sich wie ein Verbrecher heranschlich. Die Kinder fühlen sich bedroht — mit Recht, denn der starke, große Geselle macht Miene, sich auf sie zu stürzen. Zu Tode erschrocken laufen sie davon — über ein Wehr — ein Kind stürzt, verletzt sich, blutet — das andere springt schreiend ins Wasser. Der Mann sieht, was er angerichtet hat. Sein erster Gedanke gilt nicht der Rettung seines Opfers, sein erster Gedanke gilt der Beseitigung des einzigen Zeugen. Er stößt auch das zweite kleine Mädchen in den Fluß. Beide Kinder ertrinken. Der Mörder geht nach Hause. Später meldet er, die Mädchen seien von einem Unbekannten ins Wasser geworfen worden. In die Enge getrieben, muß er seine Tat eingestehen, muß weiter eingestehen, daß er die Kinder hat »züchtigen wollen und deshalb »von hinten herangeschlichen sei«. Der Mann ist kein Säufer, er ist auch kein Vagabund — der Mann ist beamteter Feldhüter.

Es klingt wie ein schauriges Ammenmärchen. Aber es geschah so in der vergangenen Woche bei Söllingen. Schauplatz also war — das Dritte Reich. Das könnte als Zufall gelten. Aber Zufälle hören auf, es zu sein, wenn sie sich in ähnlicher Art, unter gleichen Bedingungen, in gleicher Umgebung ständig wiederholen. Nirgends gibt es augenblicklich mehr Kindertragödien als im Dritten Reich. In Frankfurt stößt ein Vater seine Tochter ins Wasser, um sie »heroisch sterben zu lehren«, anderwärts töten Kinder einander mit dem Fahrtenmesser, mit dem Revolver, von den Kinderelbatsmorden »aus unbekanntem Grund« (nämlich aus Lebensangst) nicht zu reden.

Das Verbrechen in Söllingen ist in mehr als einer Hinsicht bezeichnend. Da ist der Feldhüter, der kleine Mädchen um ein Nichts »züchtigen« will, der auch diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen kann, sich als starker Mann zu bewähren. Der starke Mann, zu feig, seine Tat zu bekennen, wählt den Weg, der im Dritten Reich üblich ist und der schon vor der Machtergreifung in den nationalsozialistischen Reihen üblich war: er ermordet den Zeugen.

Und die Kinder? Sind Arbeiterkinder. Sie waren im Frühjahr 1933 alt genug, den Terror, der keine Stadt verschonte, mit vollem Bewußtsein zu erleben. Sie sahen Uniformierte, die auf Wehrlose einschlugen, sie hörten wahrscheinlich zu Hause von den Graueln der braunen Horden erzählen. In Nürnberg warf sich einmal ein kleines Mädchen einem SA-Mann zu Füßen, der zufällig das Schulgebäude betrat, und rief: »Tun Sie mir nichts, ich bin Jüdin!« Etwas von dieser Angst, von diesem Grauen ist in aber tausend

Der lebende Leichnam

G. Hauptmann und S. Fischer.

Wenn Gerhart Hauptmann die Bilanz der letzten zwei Jahre zieht, wird er finden, daß er tot ist. Sein Kotau vor dem Dritten Reich hat ihm nichts genutzt. Man liebt wohl den Verräter, doch niemals den Verräter. Seine Stücke werden nicht gespielt, der Spielplan der Bühnen wird ja vom Reichspropagandhi bestimmt. Hanneles, Himmelfahrt, die Weber, Fuhrmann Henschel, die Ratten etc. — das ist zwar Blut und Boden, aber nicht Blubo, wie ihn sich braune Verkäfferung denkt. Das ist zuviel Menschlichkeit, realistische Psychologie, von Freiheit wird dabei auch geredet — also für das Dritte Reich sogenannte intellektuelle Apathie/Literatur, geschrieben für ein Zeitalter der Vernunft. Man kann den Mann nicht brauchen. Dazu hat er vor Monaten ein traumhaftes Buch herausgebracht, mit dem er aus der unangenehmen Wirklichkeit flüchtet. »Das Meereswunder« heißt das reichlich verblasene Märchen und spielt in der Südsee und an einer Stelle wird »kalter Menschenverstand« angeklagt, der das »kalte, grausame, mörderische Handeln der Menschen« beschönigt. Der Held trauert, weil er nicht mehr »den hellen, heitergläubigen Wimpel des Menschheitsschiffes« sieht, sondern »seinen schwarzen, in Blut gefärbten...« Das alles wird ins tropenkollektisch Phantastische verlegt — der Dichter drückt seine Enttäuschung sehr, sehr vorsichtig aus. Aber auch dieses Minigramm genügt, um den Zorn der Nazipresse hervorzurufen, die auch dieses reichlich indifferente Alterswerk auf den Scheiterhaufen legt, weil es nicht zu den »aufbauenden Büchern« gehört. Und schließlich erschien ja auch dieses im Verlag des

Moderner Stummfilm

Oder: Lerne schweigen ohne zu plätzen

Einmal leitete er eine Rednerschule, was kein schlechtes Geschäft war. Wozu gab Redefreiheit? Wer reden konnte, vermochte den Schnabel besser zu nützen als andere. Und so konnte man sich bei ihm schulen als Vortragender, Volksredner, Straßenverkäufer und für sonstige allgemeine Konversation. Es kam nur auf das Formale an, das Inhaltliche machte wenig Schwierigkeiten, denn es durfte niemals über alles gesprochen werden, was das Herz voll war. Tja, es war eine merkwürdige Zeit. Dieses Rederecht gefährdete alle Schwerverdiener des Landes und mußte darum abgewürgt werden. Was einige Bandenführer für Geld und gute Worte gern besorgten. Reden durften nur noch die Gangsterführer und ihre Mäzene, für die anderen wurde Schweigen wieder Gold.

Die Rednerschule starb, für sie gab nichts mehr zu lehren. Was und wie geredet werden durfte, zeigte der Rundfunk. Schweigen war Trumpf geworden, also machte Fritz eine Schweigeschule auf. Man kann singen, betreten und bereit schweigen, kann mit Mimik, Kopf- und Körperhaltung allerhand ausdrücken. Denn irgendein Mittel muß es ja auch in Gangsterien geben, um sich verwandten Seelen verständlich zu machen. Fritzens Institut leistete auf diesem Gebiete Hervorragendes. Die höchsten Staatsbeamten fanden sich ein, um die Kunst des bededten Nichtsredens zu lernen.

Doch das Schwere war ja nicht eigentlich die Sprache der Nichtsprache, sondern schwieriger dünkte jeglichem Gebirn, das Maul halten zu können, wenn man die Zeitungen des Landes las, Ministerreden hörte oder aus öffentlichem Lautsprecher vernahm, daß die meisten Versprechungen bereits ein-

gelöst seien und das Volk der Stummen herrlichen Zeiten entgegen rase. Selbst geübten Kunstschweigern ging in solchen Momenten empört der Schnabel auf.

Hier setzte Fritzens Abhärtungsmethode ein. In seinem Institut wurden die Schüler — von 18 bis 80 — mit dem unglaublichsten Schwindel angedonnert: »Täglich gehts uns besser! Täglich, hören Sie, täglich!« Nicht zucken durfte der Schüler. »Es herrscht Recht und Ordnung!« — »Unsere Regierung will nichts als Frieden, hören Sie, nichts als Frieden!« Der Schüler klemmt die Zähne aufeinander. »Es gibt keine Korruption mehr!« Merken Sie sich: keinerlei Korruption gibts mehr.« Der Novize knirscht mit dem Gebiß, sonst kein Ton.

Wer im ganzen Lande konnte zu alledem schweigen, ohne zu plätzen? Nur Fritzens Schüler! Er lernte ihnen das vielsagende, stumm tönende Lächeln und entwickelte seine Methode derart vollkommen, daß seine Schüler den schlimmsten offiziellen Schwindel effektiv nicht mehr hören. Das Ohr leidet einfach nicht weiter, der Schall bricht sich resultatlos in der Muschel, während früher der Schallempfänger brach.

Nach dem zweiten 30. Juni kamen sogar die obersten Kameraden des Bandenchefs gerannt. Neue Begriffe sind entstanden. Man redet von der geistreichen tiefstürfenden Stummsprache des Herrn A. Man beneidet Herrn B. um seine durchschlagende rabulistische Schwelgedialektik, die weder Zweifel noch Widerspruch aufkommen läßt. Man rühmt die messerscharfe Stummlogik des Herrn C. Im Schatten dieser mittel-europäischen Großschweiger gedeihen Millio-

nen arischer Kleinschweiger. Ueberall im öffentlichen Geübt, setzt sich die neue rauch-, knall- und gefahrlose Verständigung selbst bei den Gerichten dieses Landes durch. Ein bestimmter schräger Blick des Zeugen oder Angeklagten nebst herabgezogenen Mundwinkeln — und der Vorsitzende weiß: Aha, dem Mann sind im KZ die Rippen gebrochen worden.

So müht ein Herrenvolk heran, das im Kunstschweigen schon heute der ganzen Welt voran ist, eine Nation der Ober-, Groß- und Preisschweiger. Sie meinen, Verehrtester, damit wüchsen die Gefahren der Explosion einerseits oder der völligen Verdoofung und Verkäfferung andererseits? Möglich, aber vorläufig bedeutet Fritzens Methode eine einseitig seelische Entladung und unverfolgbare Verständigung. Sollte man den Mann nicht von Staats wegen fördern? Das ist leider keineswegs geschehen. Denn ausgerechnet ihm, der kunstschiwig wie kein Zweiter, mußte der für einen gelehrten und geprüften Preisschweiger peinliche Lapsus passieren, daß er bei einer Ministerrede pfuschte. Ein russischer Germane namens Rosenthalberg donnerte durch den Funk: »Deutschland ist heute das freieste Land der Welt!« Da geschah das Malheur. Fritz klemmte zwar routiniert die Stockzähne aufeinander, aber ein Pfiff schlüpfte doch hindurch. Ein leiser Pfiff, so im Bogen von oben nach unten. Das genügte der Gestapo. Einmal wird er ja wieder aus dem KZ herauskommen, aber das Institut ist futsch. Ein Meister des neudeutschen Stummfilms scheiterte daran, daß er beim Schweigetraining vergaß, den oppositionellen Leisepfiff hinwegzuüben. Bruno Brandy.

deutschen Kindern zurückgeblieben und wird, so lange sie leben, nicht zu beseitigen sein. Wenn ein Kind in den Fluß springt, um sich vor einem Menschen zu retten, so muß ein Uebermaß von Furcht es beherrschen.

Der Reichserziehungsminister versicherte kürzlich in einem Erlaß, man werde lauter »kerngesunde Kinder heranzüchten«, »mit strahlendem Geist in herrlichen Lebens«. In Wahrheit müht man sich, die starken und kräftigen Kinder zu Draufgängern und Landknechten, die zarten und schwachen zu Feiglingen zu erziehen. Und die Zukunft wird lehren, daß der Erfolg solcher Methoden in einer Vermehrung der Rohheitsverbrechen und in einer Steigerung der Selbstmordziffern gipfelt.

Neudeutsche Ehedylle

In Schlesien wurde eine deutschgläubige Eheschließung vollzogen mit einem Ritual, das u. a. Vorlesung aus der

Eda, »Odins Eiche«, Männerchor »Die Himmel rühmte« und Ringwechsel vorsieht. Man hat dort übrigens nach der Meldung des »Evangelischen Deutschland« nach der Zeremonie, die ohne Wissen des Geistlichen gehalten wurde, noch die kirchliche Trauung begehrt.

Der Kirchenvorstand der evangelisch-lutherischen Gemeinde Grohn hat beschlossen, daß wegen mehrfach erfolgter Störungen bei Trauungen in der Kirche von den Zuschauern bei Eintritt in die Kirche ein Eintrittsgeld erhoben werden soll. Hierdurch will man erreichen, daß nur wirklich Interessierte der Trauung beiwohnen. (Meldungen der Frankfurter Zeitung.)

Der autarke Wit

Der Berliner »Angriff« schreibt: »Zunächst sei festgestellt, der Witz ist keineswegs eine jüdische Erfindung, auch

kein Instrument des Satans, auch heroische Zeiten können ihn nicht entbehren. . . . Der Witz hat allerdings eine unsoldatische Eigenschaft; er läßt sich nicht kommandieren. . . . Witze sind zollfrei, aber das ist kein Grund, unsere Witze aus dem Ausland zu beziehen. Ich halte dafür, daß wir unsere Witze künftig wieder selber machen. Auch die politischen, die erst recht. Ich bin für Autarkie auf dem Gebiet des Witzlebens! Die einzigen jedoch, die ihnen gelingen sind die unfreiwilligen!

Nicht verstandesmäßig

In der »Kölnischen Volkszeitung« heist man: »Wir überlegen nicht verstandesmäßig, ob wir den Staat bejahen oder verneinen, sondern die Bejahung ist selbstverständlich, meistens sogar unbewußt.« Wir glauben es!

Juden S. Fischer, der kürzlich starb, von der braunen Presse noch im Tode beschimpft.

Die Neue Rundschau brachte einige Nachrufe seiner Autoren, darunter auch einer von Gerhart Hauptmann, in dem er schrieb, S. Fischer sei der »entschiedenste Förderer einer unauslöschlichen, nordisch betonten, großen Literaturepoche« gewesen. . . . Wollte der Dichter, der seit dem 3. März Antisemitismus zur Schau trug, damit erklären, warum er, der schlesische Norde, einem jüdischen Verlag alle seine Werke gab? Wenn ja, dann ist ihm das mißlungen, denn auch über diesen Nachruf regten sich naziotische Klopffechter auf. So kann man in Will Vespers Zeitschrift lesen:

Man müsse »der Wahrheit zuliebe feststellen, daß der Förderer dieser »nordisch betonten« Epoche in Wirklichkeit der große Verleger der Juden und Halbjuden in Deutschland war. . . . Ähnlich steht es mit Gerhart Hauptmanns weiterer Behauptung, S. Fischers Verlag sei »für viele echte Werke deutschen Geistes, von Thomas Mann bis zu Hermann Stehr, die Heimstätte gewesen«. Es ist wahrhaftig nicht offen und ehrlich, in dem ganzen Nachruf keinen einzigen der jüdischen Autoren, die Samuel Fischer wirklich förderte, zu nennen. . . .

In Wirklichkeit förderte dieser europäischste aller deutschen Verleger jedes Talent, das er entdeckte, ganz gleich, ob es arisch oder nichtarisch war. Gerade Hauptmann hätte sich zu diesem Bekenntnis aufschwingen müssen, denn verschiedene jüdische Schriftsteller des S.-Fischer-Verlages setzten sich nach besten Kräften für ihn ein und er ließ es sich gern gefallen. Kleine Poeten können alle möglichen Kompromisse machen, es schadet ihnen nicht viel. Aber im Fall Hauptmann zeigt sich wieder einmal, daß Dichter von Rang

und Größe des Werkes, namentlich in kritischen Zeiten nur die Wahl haben, der Wahrheit und der Freiheit des Geistes zu dienen oder in Unehren zu modern. Gerhart Hauptmann modert. B. Br.

Die zweite Saison

Auf der deutschen Bühne hält noch immer die Flucht in die abgründigste Vergangenheit an. Es ist noch einigermaßen zeitnahe, wenn Kleists Prinz von Homburg noch einmal überkleistet wird. Aber auch keines der neuen Gymnastendramen gelangt zu irgend einer Gestaltung wirklicher Menschen, alles bleibt in Phrase und Agitationsrede hängen. Wir geben einige gleichgeschaltete Kritiken über neuere Uraufführungen wieder. Die Frankfurter Zeitung schreibt über den »Prinz von Preußen« von Hans Schwarz:

»Der Elfer der Dichtung reißt die Zuschauer agitativ mit. Der weltgeschichtliche Augenblick wird allerdings oft nahe an die Grenze hohlen rhetorischen Uberschwangs getragen.«

Das ist noch ein milder Fall. Schlimmer liegt mit drei Stücken, denen die »Neue Literatur« also zu nahe tritt:

Bacmeister, Ernst »Siegfried« (uraufgeführt München, 24. Nov.).

Bacmeisters Siegfried ist durch Christentum, Humanismus und deutschen Idealismus hindurchgegangen. Er könnte ein Sohn Schillers sein, so idealistisch drückt er sich aus. Brünnhild ist eine bewußte Dämonin, sie kennt genau ihren Wert für die innere Entwicklung Siegfrieds und trägt ihn auf eine fast wissenschaftliche Weise an, während Siegfried sie zum »Lichte wahrer Menschlichkeit« hinführen möchte. Hagen endlich ist ein einfacher, aus der Dunkelheit hervorspringender Totschläger, ein Kalb, ein geldgieriger Tintemannsch

(fast hätte ich geschrieben Untermensch). . . . Der Kampf zwischen Siegfried, Brünnhild und Krimhild wurde beanagt zu einer an das Psychoanalytische streifenden Auseinandersetzung zwischen gebildeten Personen, die in einem dreieckigen Verhältnis zueinander stehen (denn Siegfried liebt, bis er sich selbst überwindet, auch die dunkle Brünnhild). . . .

Hier hat nun mal einer versucht, Modernes in altgermanisches Gewand zu hüllen und es ist wieder nicht gegangen. Weiter:

Hollenbach, »Heinrich der Löwe« (Altona, 13. Nov.).

»Historische Stücke, für die man sich präparieren muß, als ginge man bei einem pedantischen Geschichtsprofessor in die Schule, sind zu — historisch. . . . Der dramaturgische Ausdruck für diese Schwäche ist der theoretisierende Dialog, der Hollenbachs Stück völlig beherrscht. Wenn sich auf der Szene dauernd Männer gegenüberstehen, die sich mannhaft die Wahrheit sagen, so ist das ein sympathischer Zug an diesen Männern — aber keine dramatische Entwicklung.«

Feldvoß, Adolf: »Brutrecht« (Hamburg, 12. Dez.).

. . . Adolf Feldvoß setzt in seinem Stück einen Fall, in welchem der »Brutrecht« (Brutrecht, Recht der ersten Nacht) durch wahre Liebe ad absurdum geführt wird. Ein junger Schloßherr und eine Bauerntochter sind sich so innig zugegan, daß aus dem unmenschlichen Herrenanspruch ein natürliches Recht geworden wäre — wenn sich nicht die Konvention in Gestalt eines adelsstolzen Obeims zwischen die beiden gestellt hätte. . . . Feldvoß ist ein bischen zu weit ins Genre des romantischen Ritter- und Schauerstücks geraten.«

So begann also der zweite Theaterwinter der deutschen Erneuerung! Immer wieder dasselbe: historischer Kitsch mit Hakenkreuzreden und Schauerdramatik. Die Saison fängt wieder an, fürchterlich zu werden.

Er ist nicht mehr allein!

Im Artikel des Reichswart »Wir sind doch ganz allein«, von Heinz Ewald Blum hieß es unter anderem:

»Denn über uns drohen die heillosen und finsternen Gewitter der Niederlage, der falsche Glanz eines politischen Phyrussteiges, ... dieser letzte Widerstand, dieser schier überwindliche Wall ist der Kapitänus ... Jeden Tag sagt zu euch: Trotz unserer neuen Freunde sind wir doch allein ...«

Der Reichswart wurde — angeblich dieses Artikels wegen — verboten, doch wurde das Verbot bald wieder rückgängig gemacht, wie behauptet wird, darum, weil Reventlow nachweisen konnte, daß dieser Artikel »ganz allein« in den Reichswart gekommen ist, als er »ganz allein« im Bett lag und so krank war wie der Ewald Blum gesund.

Aber der Ewald wird nun schon so krank in den Kellern des Columblahauses liegen wie sein Graf bei Erscheinen des Artikels im sauberen Bett lag. Und dort wird er zu der Erkenntnis kommen, daß er nicht allein ist. ...

Jedenfalls kommen schon Meldungen aus Deutschland, wonach Blum tatsächlich im Columblahaus ist.

Junger Ruhm

Die »Muttersprache« — Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins — bricht in eine begeisterte Buchbesprechung aus. Sie schreibt:

... Mir erscheint der Versuch gut gelungen, und jeder, der rasch die wichtigsten Tatsachen überblicken oder der wissen will, welches die herrschende Meinung über eine dieser Fragen ist, wird an den Blättern seine Freude haben. Manches, was es in knapper, übersichtlicher Form noch gar nicht gab, z. B. die Judenfrage, findet er hier brauchbar verarbeitet... alles in allem, das Hunderte von Blättern umfassende Unterrichtswerk beweist, daß der urdeutsche Geist, dem sich der Nationalsozialismus mit Leib und Seele verschrieben hat... usw.

Judenfrage in übersichtlicher Form — herrschende Meinung — undeutscher Geist — das muß etwas ganz Besonderes sein. Um welches epochemachende Werk handelt es sich eigentlich? Ja, das ist es ja gerade — wir wissen es nicht! Und auch die Abonnenten werden es nie erfahren, denn der Titel jener gepriesenen Schrift wurde vom Zensor aus dem Text gestochen. Wo nur die Leser glücken sollten, gähnt ein leerer, weißer Fleck. Ehe die Nummer der »Deutschen Muttersprache« vom Satz in den Druck gelangte, sprach der »urdeutsche« Verfasser offenbar schon in tiefste Unnade gesunken. So kurze Beine hat der Ruhm im Dritten Reiche.

Die Juden!

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht unter dem Strich eine schwäbische Sage aus der alten Salzstadt Hall. Wir lesen darin:

»Eines Morgens war der Haalquell verstickert, taub, tot. Nur der Gestank war noch da. Vierzehn Tage lang standen die Hallischen, vorweg die Grundrechtsbesitzer, die

Der deutsche Proletariat als Mäzen

Mit den Arbeitsfrontbeiträgen will Göbbels die deutsche Musik finanzieren

In den verschiedenen Kulturepochen war es die Aufgabe der jeweils herrschenden Klasse, das Protektorat über die schönen Künste auszuüben, das, da die Kunst schon von jeher »brotlos« war, immer auch seine materiellen Hintergründe hatte und den Aristokraten in der Rolle des freigebigen Mäzens zeigte. »Es soll der Sänger mit dem König gehn« ... Von dem Athener Solon bis zum großherzoglichen Hoftheater in Weimar ist das immer dieselbe Geschichte.

Es ist ohne Zweifel deshalb eine ganz revolutionäre Erfindung des Dritten Reiches, die alles bisher Dagewesene direkt umstülpt, wenn dort jetzt nicht der Herr, sondern der Sklave, nicht der Unterdrückte, sondern der Unterdrückte berufen und angehalten wird, sich als Mäzen zu produzieren. Geduldige Handhabe zur Durchführung dieser kulturrevolutionären Neuerung und gleichzeitig anscheinend unverlegbare Mittelquelle sind die »Arbeitsfront«-Beiträge, die jetzt der deutsche Industrieprolet zwangweise an Stelle der früheren freiwilligen Gewerkschaftsbeiträge an irgendwelche unkontrollierbaren und unkontrollierten Parteininstanzen abzuführen hat. Die Reichsbahn und auch wohl ein großer Teil des Hotel- und Gastwirts-gewerbes sind es nämlich satt, weiter zur Hälfte jene Fahrten der »Kraft durch Freude« zu finanzieren, die Herr Ley extra erfunden hatte, um die natürlichen innerpolitischen Wirkungen der Diktatur in einer Duldh-Stimmung zu ertränken; auch Herr Schacht hat schon wegen seiner besonderen Devisensorgen dem Ley'schen Cook-Büro die Auflösung nahegelegt: Es war also nur eine kurze Einsommer-Freude! Aber diese »Kraft durch Freude«-Spritzenfahrten in alle Welt des Sommers 1934 wurden ja zur anderen Hälfte auch aus den Beiträgen der Millionen von Arbeitsfront-Mitgliedern finanziert, die nicht das Glück und auch wohl nicht die zusätzlichen Barmittel hatten, da mitzu können. Was soll aber nun, selbst wenn alle uniformierten Bonzen der »Arbeitsfront« bezahlt sind, (ohne daß irgend eine vernünftige Arbeitsleistung

von ihnen gefordert wird), mit den einkommenden Geldern geschehen, soweit sie nicht auf dem langen Wege zwischen Beitragszahler und Reichsparteikasse der Nazis in München eben in der üblichen Korruption verwickelt, wenn »Kraft durch Freude« als eigentliches und ziemlich einziges »Aufgabengebiet der Arbeitsfront in Wegfall kommt? Herr Göbbels mindestens ist um die Lösung keine Minute verlegen gewesen. Zur Zeit beschäftigt sich die seiner Leitung unterstehende Reichsmusik-Kammer mit dem Projekt, die finanziellen Mittel der »Arbeitsfront« direkt zur Erhaltung und Förderung des deutschen Musiklebens zu verwenden.

Der schöne Plan ist mit nicht zu leugnendem propagandistischem Geschick vorbereitet und er wird keineswegs mehr die Öffentlichkeit des Dritten Reiches, soweit sie überhaupt vorhanden ist, groß durch seine Neuheit und Kühnheit überraschen, geschweige denn die Leidtragenden, selbst die Arbeiter, zufolge seiner Plötzlichkeit in die Rebellion treiben; man hat eben schon gut vorgebaut!

In der Reichshauptstadt erscheinen schon seit beinahe bundert Jahren die »Signale für die musikalische Welt«. Wie jedes deutsche Druckerzeugnis ist auch diese alte, traditionelle und offiziöse Vermittlerin zwischen ausführendem Künstler, Kritiker, Konzertbüro und Musikalienverlag und -Handel gleichgeschaltet. Neben den zwei leitenden Redakteuren, zwei Professoren der Musik, ist in die Redaktion ein unmittelbarer Vertrauensmann des Herrn Reichspropagandaministers seinerzeit aufgenommen worden, ein stein-älter Kämpfer namens Fritz Jaritz, der zwar als nun berufsmäßiger Leitartikler der »Signale« ein schauerliches, an orthodoxes Wasserpölkisch grenzendes Deutsch zusammenschreibt, hinter dem aber eben die Intentionen des Herrn Ministers selbst stehen. In der letzten Nummer der »Signale« (Nr. 6) läßt sich nun der Jaritz folgendermaßen unverblümt über seinen Plan aus, von dem festgestellt wird, daß er eben bereits die »Kammer« beschäftigt:

Unerwünscht!

Eine Anordnung der Gestapo, Frankfurt a. M., die von der »Israelitischen Gemeinde« als »Zwangsaufgabe« veröffentlicht wurde, lautet:

»Es ist unerwünscht, daß Juden, sowie jüdische Organisationen und Körperschaften ihre Privat- und Geschäftshäuser mit den Reichsfahnen (Hakenkreuz- oder schwarzweißbroter Fahne) beflaggen. Beflaggung in den Frankfurter Farben (rot-weiß) ist anbegehrt.«

»Vor allem gilt es, die nicht unerheblichen Summen der Organisationsbeiträge der Förderung des deutschen Musiklebens dienstbar zu machen. Was zur Hebung und Propagierung des Sports möglich war, wird für die Festigung der deutschen Kultur (!) doppelt und dreifach möglich sein.«

Also Herr Jaritz, der es von seinem Minister her wissen muß! Das Ganze soll aber nun beliebige nicht etwa so verwirklicht werden, daß dem Arbeiter als Mitglied der »Arbeitsfront« gute Musik für billiges Geld geboten werden soll. Nein, Herr Jaritz und damit Herr Göbbels meint das mit jener direkten Subvention der Musik durch die Arbeitsfront so:

»Außerst wünschenswert wäre weiterhin auch eine Einschränkung der Musikveranstaltungen innerhalb zahlreicher Gemeinschaften, die das Publikum an Preise gewöhnen, die sonst für seriöse, erstrangige Konzerte nicht einzuhalten sind, und die damit nicht nur die Existenz der Künstler, sondern auch die der Konzertunternehmer usw. als Steuerzahler und Daseinsberechtigte gefährden ...«

Wenn also die »Signale« einerseits wollen, daß die »Arbeitsfront« unmittelbar die notleidende Kunst unterhalten soll, andererseits aber auch wieder verlangen, daß die Preise für Musikveranstaltungen aller Organisationen (hier ist der tadelnde Hinweis darauf, wie es bisher gerade die »Kraft durch Freude«-Veranstaltungen gemacht haben, ganz deutlich!) so beschaffen sein sollen, daß kein Arbeiter sie bezahlen kann, dann ist der Grundgedanke des Projektes ganz klar: Die Arbeitsfront macht mit ihrem Geld künftig solche Kunstabende und trägt ihr Risiko, die aber nur von den »besseren Leuten« besucht werden! Die Berliner Philharmonischen und die Leipziger Gewandhauskonzerte etwa wechseln nicht ihr Publikum, wohl aber ihren Kasierer...! Jeder wird zugestehen müssen: Das ist eine geradezu klassische Volksgemeinschaft, in der ein Teil der Teilhaberschaft nach Kräften dafür sorgen darf, daß der andere Teil sich möglichst gut amüsiert, dieweil man selbst geduldig zu Hause weiter Trübsal blasen darf!

E. F. Roth.

Ober- und Unterpächter um die Brunnenstube herum, starrten die trockenen Böhlen an und den dünnen Quellmund, sagten: »S' muß was g'scheh' ... Herrgottsakrament...! S' muß was g'scheha ... also, so ka's net weitergeha!«

Am fünfzehnten Tag vermuteten sie, daß die Juden daran schuld seien, am sechzehnten behaupteten sie es, am siebzehnten wurden die Juden verbrannt. Als die dreizehn Juden tot waren, lief die Soolquelle immer noch nicht...«

handlungen seit jeher besitzt. Diese Münchener »Blauesten« photographierten dieses Mal nur das Dritte Reich selbst, Nichts weiter! Mehr brauchten sie, rebus sic stantibus, in diesem Jahr nicht zu tun. Und die Erlaubnis der braunen Obrigkeit, die so etwas bei der herrschenden Massenstimmung als Ventil brauchte, hatten sie ja ... Die Witzpointen brauchte kein Cervantes oder Marc Twain der bierfrohen Isar mühsam zu erfinden, wie früher. Im heurigen Jahr bot sie die braune Natur in schier unerschöpflicher Fülle.

»Mehr Haltung durch Anti-Byzantinol!« — schreibt da ein Inserat. »Indischer Fakir mit dauernd erhobnem rechtem Arm erteilt Unterricht und erbittet Offerten unter Freie Bahn dem Tüchtigen.« Ein anderer Mitbürger des Dritten Reiches empfiehlt seine Schweige-Kurse: »Da die Mäher von mir durchgeführten Rede-Kurse zwecklos sind, habe ich mich entschlossen, mich zeitgemäß umzustellen. Auch das Schweigen will gelernt sein. Um zahlreichen Zuspruch bittet Alois Mundhalter.«

Der redaktionelle Teil der Faschingszeitung schöpft aus demselben Mischkrug. Da heißt es: »Dieser Tage wurde von unverantwortlicher Seite das Gerücht verbreitet, es werde am nächsten Samstag und Sonntag nicht gesammelt. Der Bevölkerung benachteiligte sich bei dieser Hiebepost eine begreifliche Erregung. Selbstverständlich werden auch an diesen Tagen die Büchsen in der Stadt herumwandern.« Oder: »Wie wir hören, besteht bei einer Reihe bürgerlicher Blätter die Absicht, ihren Text enger zu drucken, damit man nicht so viel zwischen den Zeilen lesen kann.« Dahingegen behauptet einer vom »Völkischen Beobachter« das Gegenteil, »da-

mit er endlich das entsprechende Format bekommt.«

So geht das spaltenlang ... Beinahe könnte man lachen. Wenn auch nur mit einem Auge. Doch da steht ja auf dem Zeitungstitel selbst: »Nächste Briefadresse Dachau ...« Und der Humor hustet und röchelt ein wenig ... Nicht wahr?!

F. E. Roth.

„Historische Ereignisse“

Nun sind im Dritten Reich fast alle Feste durchgeführt. Mit jedem Monat muß man weiter in die Vergangenheit zurückgreifen, um Anlaß für neue Feuerwerke zu finden. Die »Hildesheimer Allgemeine Zeitung« kündigt in einer Nummer gleich zwei sogenannten historische Festlichkeiten an, die den Ahnen mit vieler Mühe abgerufen wurden.

Erstens wird aus Polle an der Weser gemeldet:

»Unsere Gemeindeverwaltung plant für diesen Sommer eine Erinnerungsfestfeier besonderer Art: In diesem Jahre jährt sich nämlich zum 650. Male der Tag, an dem die Grafen von Everstein von ihrem Stammsitz bei Bevern und Lobach nach Burg Polle übersiedelten.«

Und zweitens erfahren wir, daß vor kurzem unter der Vierung der Abteiruine Limburg bei Dürkheim ein Steinsarkophag gefunden wurde, dessen Öffnung bevorsteht. Darüber heißt es wörtlich:

»Sollte sich bestätigen, daß in ihm die Gebeine Gunhildes, der Gemahlin Heinrichs III., ruhen, dann ist die Neuweihe der deutschen Königin in der Kaisergruft des Domes zu Speyer vorgesehen. Gunhilde war die Tochter des Dänenkönigs Knud und starb im Jahre 1038. Die Ueberführung der Gebeine Gunhildes soll zu einem historischen Ereignis

Die nationaldeutschen Juden werden weinen!

Kleiner Grabspruch

Der berüchtigte reaktionäre Schwätzer »Stein Rumpelstilzchen« schreibt in der »Rhein- und Ruhrzeitung«:

»An den von Liebermann gemalten Pferden ist das einzig Echte, daß sie dieselbe Hängense haben wie er selber.«

Kleine Momentaufnahme vom deutschen Geisteszustand!

nis von Bedeutung ausgestaltet werden.«

Wenn es im gleichen Tempo weitergeht, werden die braunen Festarrangeure bald in der grauen Vorzeit bei ihren Ur-Urvätern, den — allerdings rein arischen — Affen gelandet sein.

Das staatsgefährliche Sprichwort

Wenn die freie Meinung unterdrückt ist, sucht der Widerspruch seltsame Wege, um sich zu entladen. Die katholische »Kölnische Volkszeitung« bringt eine Auswahl aus »des deutschen Sprichworts Pulihorn«, die durchaus nicht zufällig gewählt ist. Unter anderem lesen wir:

In Schurken und Narren teilt sich die Welt — Der Wahrheit dienen ist keine Knechtschaft — Wäre die Wahrheit ein Bach, die Menschen hätten alle Wassersehen — Wahrheit und Fei bleiben zuletzt doch oben — Licht bleibt Licht, sieht es auch der Blinde nicht — Wed Gott nall macht, den macht er auch wieder trocken — Auf Karfreitag folgt Ostertag — Der Amboß arachriekt vor dem Hammer nicht — Man muß das Unglück mit Händen und Füßen, nicht mit dem Maul angreifen — Begossenes Gras wächst am besten — Die Katze hats gern, wenn man sie streichelt — dem Storch gefällt sein Klappern wohl — Solange der Fleischtopf siedet, die Freundschaft blüht — Scheinet die Sonne noch so schön, endlich muß sie untergehn — Adams Kinder sind alle gleich — Der König ist einem Bettler gleich, so er keinen Freund hat im ganzen Reich.

Da kann sich nun der Zensor den Kopf zerbrechen. Wenn die deutschen Sprichwörter auch in andern Zeitungen Schule machen, wird man sie kurzerhand als staatsgefährlich verbieten müssen. Das aber reimt sich nicht mit Brauchtum und Blubo. Was tun?

Galgenhumor

Wie das Dritte Reich Karneval feierte.

In Köln am Rhein, der klassischen Stätte des deutschen Karnevals, wie er trotz aller Not der Zeit und des herrschenden Systems in voriger Woche »gefeiert« wurde, war die Faschnachtstimmung von jeher eine Art Ventil für das rheinische, antibourussische Volksressentiment, von der altpreussischen Prätorienregierung in der »eroberten Provinz« aus wohlwolligen gouvernementalen Gründen immer blank gehalten.

»Do steht ne Schutzmann, do steht ne Schutzmann.

Di hüt di ganze Daag di Zäbel ahn ...«

Und der also Besungene und von närrischen Gesellen Umprungene ließ es sich mit süß-saurer Miene gefallen.

Von sicherlich denselben Erwägungen seiner »Staatsraison« hat sich das braune System lenken lassen, die früher den königl. preussischen Regierungspräsidenten bestimmten, Narrenfreiheit zu gewähren, als man sich entschloß, wenigstens für die verflorenen Faschnachtstage 1935 den Maulkorb zu lockern, der ansonsten der Presse im Dritten Reich gemäß des Willens ihrer Machthaber umhingelt. So durfte denn ein wenig der antinazistische Humor unter dem Galgen zirkulieren ... Die Narrensprüche handhabt sich ja nicht gut, wenn dicht daneben ein anderer steht, der das Handbäll schwingt!

Immerhin: Da erschienen denn auch in diesen vergangenen Faschnachtstagen die traditionellen »Münchener Blauesten Nachrichten« — die alteingeführte deutsche Karnevalszeitung, die eine Art Monopol an den Kloosken und bei den Bahnhofsbuch-

Betrieb und Kaserne

Die Militarisation der Arbeiterschaft

Nachdem die Deutsche Arbeitsfront als angebliche Nachfolgerin der Gewerkschaften in der sozialen Wahrung der Arbeiter- und Angestellteninteressen die erlittene Schlappe nicht mehr ableugnen kann, wirft sie sich nunmehr voll und ganz auf ihr eigentliches Gebiet der militärischen Erziehung der Betriebs-Gefolgschaften. Der tolpatschige Ley hat zwar mit seinem Aufzug der Betriebsappelle zunächst den Widerstand des Unternehmertums wachgerufen und sofort wieder den Rückzug angetreten. Der „Sinn und Zweck der Betriebsappelle“, den Ley offenbar nicht ganz erfaßt hatte, wird aber im neuesten „Arbeitertum“ erläutert.

„Es gibt wohl kein Gebiet, auf dem so viele Mißverständnisse und falsche Auffassungen herrschen, wie auf dem der Betriebsappelle.“

Auf ihre allgemeine Einführung wird verzichtet. Es handle sich zunächst nur um die Betriebe, in die der neue nationalsozialistische Geist bereits fest verankert ist.

„Nur in solchen Betrieben kann der Betriebsappell eingeführt werden als die Krönung der Gemeinschaft, als die letzte und größte Demonstration des neuen Geistes der hier Einzug gehalten hat.“

Dem Ley wird auseinandergesetzt, daß es niemals möglich sein wird.

„Richtlinien und Gesetze über die Durchführung solcher Appelle zu erlassen, sie müssen sich nach den Eigenarten jedes deutschen Betriebes richten.“

Im gleichen Augenblick aber werden in den Blättern der Reichsbetriebsgemeinschaften die neuesten Richtlinien schon veröffentlicht, die vom Amt „Ausbildungswesen“ herausgegeben sind. Danach müssen Betriebsführer und Gefolgschaft durch weltanschauliche Erziehung von der Notwendigkeit der Betriebsappelle erst überzeugt sein. Zu diesem Zwecke wird angeordnet und das ist der springende Punkt:

„Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufstellung von Werkscharen (männliche Betriebsangehörige von 18 bis 25 Jahren) als vordringlich zu betrachten. Der Betriebsgemeinschaftsverwalter ist für die beschleunigte Aufstellung verantwortlich und setzt ... einen geeigneten Parteigenossen als Leiter der Werkschar ein.“

Das Jugendamt setzt gemeinsam mit der Hitler-Jugend im Betrieb einen „Sprecher der Jugend“ ein, der eine „Jung-Gefolgschaft“ zusammensetzt. Für die weiblichen Angestellten und Arbeiter über 21 Jahre sollen noch Weisungen ergehen. Die Aufstellung der jugendlichen Werkscharen, die als „wichtige dienstliche Mitteilungen“ bekanntgegeben wird, zeigt freilich, daß der Ley „Sinn und Zweck der Betriebsappelle“ verkannt hatte. Diese Anweisungen lassen keinen Zweifel, daß es nicht darauf ankam, große Betriebszusammenkünfte zu veranstalten, die mit Arbeitszeitverlust für den Unternehmer verbunden sein können, sondern einzig und allein um die straffe militärische Zusammenfassung der männlichen Arbeiter und Angestellten, die zwar zu periodisch wiederkehrenden Appellen antreten müssen, aber vor allem in und außerhalb des Betriebes den nötigen Drill und Schliff erfahren werden.

In zeitlicher Verbindung mit der Aufstellung der Werkscharen innerhalb der Betriebe ist am 25. Februar 1935 ein „Gesetz über die Beurlaubung von Angestellten und Arbeitern für Zwecke der Leibeserziehung“ ergangen, das die systematische Rekrutenausbildung dieser Jung-Gefolgschaften bezweckt. Zur Tarnung des eigentlichen Zweckes dieses Gesetzes heißt es:

„Jeder beschäftigte deutsche männliche Angestellte und Arbeiter ist auf seinen Antrag zur Teilnahme zu beurlauben.“

Einwendungen des Unternehmers sind nur zulässig, soweit ihm Schwierigkeiten erwachsen. Ersatz für die Beurlaubten zu finden. Die Freiwilligkeit der Teilnahme ist etwa so aufzufassen, wie beim „freiwilligen“ Arbeitsdienst, bei dessen Ablehnung der Erwerblose die Entziehung seiner Unterstützung zu gewärtigen hat. Da es sich bei dieser neuesten Rekrutenschule für Leibeserziehung um eine Massenmobilisierung handelt, so ist es in den Großbetrieben schon aus personal-technischen Gründen ganz undenkbar, daß die zahlreichen Beurlaubungen etwa individuell nach den freiwillig gestellten Anträgen behandelt werden könnten. Die im Interesse der Betriebsführung notwendige planmäßige Urlaubverteilung führt automatisch zu einer betrieblichen Regelung, der Leibesübungsurlaube, von der die gesamte Gefolgschaft geordnet nach Jahrgängen erfaßt werden wird. Wer sich „freiwillig“ von der Meldung ausschließt, weiß, was ihm als Volksschlichting bevorsteht.

Der obligatorische Übungs-Urlaub wird im Gesetz durch die Bestimmung unterstrichen, in der es analog den Bestimmungen über die Militärdienstzeit in den Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht heißt, daß der Arbeitgeber nicht berechtigt ist, dem Beurlaubten zu kündigen. Die Unternehmer sind aber auch gleichzeitig gegen irgendwelche Belastung durch die Einberufungen ihrer Gefolgschaften geschützt. Im Gesetze heißt es:

„Der Angestellte und Arbeiter hat gegenüber dem Unternehmer während der Dauer des Urlaubs keinen Anspruch auf Zahlung von Arbeitsentgelt und sonstigen Bezügen.“

Zur Regelung der Fürsorge bei Krankheit oder Unfall, der Beziehungen zur Sozialversicherung und der Unterstützung der Familien von eingezogenen Urlaubern wird eine Durchführungsverordnung angekündigt. Es dürfte nicht schwer fallen, für diese kommende Ausführungsverordnung die analogen Bestimmungen aus der Kriegszeit in Anwendung zu bringen.

Für die Unternehmer dürfte sich wahrscheinlich bei dieser schichtweisen Abkommandierung von Urlaubern zu den „anerkannten Lehrgängen für Leibeserziehung“ noch eine nicht unerhebliche Lohnersparnis ergeben. Sie können Neueinstellungen vermeiden, indem sie von den Ausnahmebestimmungen des neuen Arbeitsgesetzes Gebrauch machen und zur Bewältigung des Arbeitspensums Überstunden leisten lassen.

„Mehrarbeit ohne irgendwelche Beschränkung insbesondere ohne Höchstgrenze ist zulässig bei Arbeiten in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind.“

Der Antrag eines Arbeiters auf Beurlaubung ist ja freiwillig gestellt, liegt also nicht im Willen des Unternehmers.

Es ist selbstverständlich, daß die militärischen Ausbildungskurse, die zunächst auf etwa sechs Wochen bemessen werden, von Offizieren des Heeres und Instruktor geleitet werden. Die Jahresklassen bis zum 35.

Lebensjahr sollen zuerst einberufen werden. Für die nicht in den Arbeitnehmerberufen stehenden Jugendlichen, z. B. für die Studenten bestehen schon seit längerer Zeit Paralleleinrichtungen.

Bei der Reichsbahn sind die Einrichtungen zur militärischen Ausbildung ebenfalls schon in größtem Ausmaß vorhanden. Für die Ausbildung der Reichsbahn-Überwachungsmannschaften ist auf dem Schießplatz der Reichswehr Wahn-Heide bei Köln eine Schule geschaffen worden, in der 500 bis 600 Angestellte je sechs Wochen ausgebildet werden. In anderen Direktionsbezirken bestehen gleiche Einrichtungen. Der Unterricht umfaßt neben Schießen, Werfen von Handgranaten und dem Bedienen leichter Geschütze einen theoretischen Teil in Gelände- und Kartenlesen und Strategie. In einer Fahrschule in Opladen bei Köln für Chauffeure erstreckt sich die Ausbildung auf die Führung sogen. Gelände- und Sicherungswagen mit Montierungsgrundlagen für Maschinengewehre und leichte Geschütze.

Das neue Gesetz enthält zwar noch nicht die allgemeine Wehrpflicht und für eine vollwertige militärische Ausbildung sind sicher sechs Wochen unzureichend, es ist aber bereits die umfassendste Methode der Rekrutenausbildung und es wird in seiner Bedeutung als Uebergang zur allgemeinen Wehrpflicht als militärische Vorbereitung nicht unterschätzt werden können. Die anerkannten Schulungskurse haben als Ergänzung zur kommenden allgemeinen Wehrpflicht die besondere Note, daß ein organischer Zusammenhang zwischen Heer und Betrieb hergestellt wird, wie er wohl in der Welt einzigartig sein dürfte. Kaserne und Werkstatt wachsen zu einem Ganzen zusammen. Damit erfährt auch das im Arbeitsklavengesetz vom Mai 1933 vorgesehene Verhältnis zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft erst seine Vollendung. Drill und blinder Soldatengehorsam beherrschen das Arbeitsleben. Statt den Werkstätten die versprochene „Ehre der Arbeit“ zu bringen, hat Adolf Hitler aus Deutschland eine einzige Kaserne gemacht!

Hoch lebe die Zukunft!

Die »Walze« kommt wieder!

Sie haben sicher schon die Zimmerleute mit dem traditionellen großen Hut, den furchtbar langen Hosen, die gerade an den Stiefeln ihre größte Weite haben, der affenjackenähnlichen Weste und dem bunten Beutel über die Schulter hängend, durch die Gegend ziehen sehen. In Deutschland lachte man verständnisvoll über sie, und die Eingeweihten riefen Hummel, Hummel! Von diesen verspäteten Handwerkern sagt man: sie sind auf »Walze«. Die Walze war in Deutschland — aber immerhin liegt das schon »einige Jahre« zurück — sehr üblich. Ein Geselle, der nicht auf die Walze ging, wurde nicht für voll angesehen. Solange das ehrbare Handwerk goldenen Boden hatte, zogen die Handwerker von Stadt zu Stadt und von Land zu Land, um so lange zu arbeiten, wie es Lust und Laune machte. Mit dem ersparten Geld ging es weiter, bis man wieder eine Welle unterschlipfen mußte. Die Walze ist lebendiger Ausdruck handwerklicher Produktionsverhältnisse. Sie ist weder ohne Reiz, noch ohne Bedeutung für die Entwicklung der jungen Menschen und der Produktion. Der sich entwickelnde Kapitalismus schuf neue Formen der Produktion wie der Arbeitsvermittlung. Als das Handwerk seinen goldenen Boden verlor, hing auch das Walzen in der Luft, es entartete zur Schnorrerei. Besonders die Krise hat das Walzen wieder stärker aufkommen lassen. Jugendliche, die nicht untätig verharren wollten, zogen, das wertvolle Gewerkschaftsbuch in der Tasche, in die Welt hinaus, lernten Land und Leute kennen, bekamen Gewerkschaftsunterstützung — im übrigen aber selbstverständlich nirgends Arbeit. Die Charakterfesten hielten sich, die anderen verfielen, von der Not getrieben, der Vagabundage und die Landstraße wurde zur endlosen Straße des Elends, auf der Jammer und Not wie am laufenden Band an uns vorüberzogen.

Es ist ungeheuer charakteristisch für den reaktionären und geschichtswidrigen Nationalsozialismus, daß er krampfhaft bemüht ist, die Walze wieder zu Ehren zu bringen.

Die alten Krämer haben noch immer nicht begriffen, daß längst eine neue Zeit angebrochen ist. Sie schicken ihr Personal auf die Landstraße und bilden sich ein, die Vergangenheit sei zurückgekehrt, wo Gott noch das ehrbare Handwerk und nicht das laufende Band segnet. Aber man hat wohl auch schon etwas von den Wandlungen der Welt Notiz genommen und beschränkt sich darum zunächst darauf, die Fleischer, die Bäcker und die Konditoren auf die Tour zu schicken. »Bei den übrigen Handwerksgruppen stellt namentlich die Verpflegung ein schwieriges Problem dar.« Das ist eine sehr raffinierte Art von »Arbeitsbeschaffung«. Handwerkerere wird sich verpflichtet fühlen, einen Gesellen durchzupöppeln. Die Gesellen ihrerseits müssen dafür ihre Prüfung mit »sehr gut« bestanden haben, charakterlich fest und politisch in jeder Beziehung einwandfrei sein, damit sie dem Handwerk Ehre machen können. Die Betonung der politischen Zuverlässigkeit ist ja begreiflich, wenn man bedenkt, was so ein Handwerksbursche unterwegs alles anstellen könnte, er könnte ja als Kurier durch Deutschland tippeln. Schließlich machen die Brüder allerhand Sachen, ist doch der Bebel auch so ein Bursche gewesen und hat der Handwerksburschenkommunismus seine große Bedeutung für den Sozialismus in Deutschland. Ja, ja, immer aufpassen! O, man tut's. Den armen Jungens wird eine bestimmte Marschroute diktiert. Wahrscheinlich kriegen sie auch noch ein Schild um die Brust: »Deutsche unterstützt das Handwerk, laßt eure Autos nicht bei Ford herstellen!«

Auf dem Reichshandwerkertage im Juni in Frankfurt am Main, wo das erste große Treffen der wandernden Handwerksgelesen stattfinden soll, glaubt man eine große Anzahl von Tipplern versammeln zu können. Das Amt für Reisen und Wandern der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« ist auch mit von der Partie. Der Meister der Reichshandwerksmeister, Fedtke, hat einen fix und fertigen Plan für die Handwerkerwanderungen

vorgelegt, es kann losgehen, Hummel, Hummel!

Laßt sie wandern. Wenn jemand eine Reise tut, dann kann er viel erzählen. Und vielleicht berichten die Zunftgesellen dann ihren Obermeistern, daß während sie langsam walzten, schnelle Autos an ihnen vorbeisausten und über ihren Köpfen die Flugzeuge surrten und die großen Fabriken Melodien hervorzauberten, die beim besten Willen nicht mehr in harmonische Übereinstimmung mit den Liedern der wandernden Handwerksburschen zu bringen waren.

Arbeiter bleiben ausgeschaltet

Während die Nationalsozialisten die Arbeitergewerkschaften sofort zerschlagen haben, sind sie gegen die Unternehmerverbände nur zögernd vorgegangen. Der Deutsche Arbeitgeberverband wurde zwar aufgelöst, aber der Reichsverband der deutschen Industrie mit seinen regionalen Untergliederungen blieb erhalten. Die jetzt erfolgte Durchführung der Umorganisation der deutschen Wirtschaft hat das Übergewicht der Industriellen in der Wirtschaft festgelegt, während die Arbeiter oder von ihr freigewählte Organe dabei überhaupt nicht erwähnt werden.

Die Industriekapitalisten sind mit der offiziellen Einschaltung ihrer Organisation und dem damit festgelegten Einfluß auf die wirtschaftliche Gesetzgebung des Dritten Reiches sehr zufrieden. Das geht aus einem im »Deutschen Volkswirt« enthaltenen Artikel »Wirtschaft und Staat« hervor, in dem es heißt:

»Getreu dem Grundsatz des Nationalsozialismus, daß der Staat die Wirtschaft führt aber selbst nicht wirtschaftet, ist eine Trennung der Aufgabenkreise erreicht, und zwar auf der Grundlage einer Dreiteilung: der Staat und sein verantwortliches Ministerium führt die Wirtschaft, die Wirtschaftsorganisation ist eingeschaltet als das den Willen des Staates der Wirtschaft vermittelnde Instrument, der Betrieb als lebende Zelle der Wirtschaft ist in seiner Freiheit gesichert. Der Wirtschaftsorganisation ist damit eine dienende Funktion in doppeltem Sinne angewiesen worden: sie dient dem Staat als Vollzugsträger des staatlichen Willens und bietet auf der anderen Seite dem Unternehmer die Gewähr dafür, daß berechtigte Wünsche und wertvolle Anregungen aus den Erfahrungen der Betriebe nach sachkundiger Prüfung an die Regierung herangebracht werden.«

Sicherung des Betriebes auf privatwirtschaftlicher Grundlage, Sicherheit der Freiheit der Ausbeutung der Arbeiterschaft, und dazu noch die Sicherung des überragenden Einflusses der als Wirtschaftsorganisation bezeichneten Industriellenverbände unter Behaltens des Verbotes der Arbeitergewerkschaften — was bleibt den Kapitalisten da zu fordern im Dritten Reich noch übrig?

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1935. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Fr. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fr. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fr. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fr. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 48.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.